

Globale politische Kommunikation: Freie Medien, Gutes Regieren und Wohlstandsentwicklung

Pippa Norris

1 Einleitung

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht eine Analyse des Zusammenhanges von „Gutem Regieren“¹, Wohlfahrtsentwicklung und medialer Kommunikation. Das Konzept „Good Governance“ beschreibt ein verändertes Verständnis von Regieren, bei dem es nicht mehr um hierarchische, politische Steuerung sondern um eine Art gesamtgesellschaftliches Verantwortungsmanagement geht. Die Grundsätze von „Good Governance“ sind Effektivität, Responsivität, Demokratie und Transparenz. Effektivität bezieht sich auf die Leistungssteigerung des öffentlichen Sektors, insbesondere der Verwaltung. Responsivität umfasst die Verantwortlichkeit der Regierenden gegenüber den Regierten, also die Festlegung von Rechenschaftspflichten und öffentlichen Kontrollinstanzen. Demokratie beinhaltet nicht zuletzt die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Partizipationschancen. Transparenz erfordert freien Zugang zu Informationen, gilt als Mittel zur Korruptionsbekämpfung und als Voraussetzung für die Akzeptanz politischer Entscheidungen². Nach Überzeugung von Weltbank und Vereinten Nationen kann nur eine Gesellschaft, in der es „Good Governance“ gibt, positive Entwicklungsleistungen im Sinne von Wohlfahrtsentwicklung vollbringen. Damit sind die Verringerung von Armut und Hunger, Fortschritte der Medizin und Gesundheitsversorgung, Erhöhung der Lebenserwartung, Steigerung landwirtschaftlicher Erträge und Alphabetisierung gemeint.

Die Zunahme von Staaten, deren Regierungen sich über demokratische Wahlen legitimieren, eröffnen neue Chancen der Entwicklung von Wohlfahrt und Demokratie. Das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts erlebte weltweit eine massive Ausweitung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten. Seit Beginn der „dritten Demokratisierungswelle“ 1974 hat sich der Anteil der Staaten, die man als Wahldemokratien bezeichnet, mehr als verdoppelt, und die Anzahl demokratischer Regierungen in der Welt hat sich verdreifacht (Diamond 2001).³ Durch die Einführung von freien und fairen Wahlen, von wirksamem Parteienwettbewerb und von einer unabhängigen, vielfältigeren Presse haben so unterschiedliche Länder wie die Tschechische Republik, Mexiko und Südafrika eine radikale Transformation ihrer politischen Systeme erlebt. Viele hofften, dass diese Entwicklungen die Stimme der Benachteiligten stärken und die Responsivität der Regierungen ausweiten würden. Sie erwarteten, dass Politiker mehr auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen würden und Regierungen durch freie Wahlen ihrer Machtpositionen enthoben werden könnten, wenn die Bürger mit ihren Leistungen unzufrieden werden.

1 Die englische Bezeichnung „Good Governance“ wird im Folgenden mit „Gutes Regieren“ übersetzt oder im Original beibehalten. Der Begriff „Human Development“ wird als „Wohlfahrtsentwicklung“ ins Deutsche übertragen.

2 Merkmal guter Staatsführung ist das Zusammenwirken von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Mit dieser Verschränkung der drei Sektoren geht governance über den traditionellen Begriff government hinaus: Während letzterer nur auf Fragen der Gesetzmäßigkeit und Zuständigkeit von legitimierenden Institutionen innerhalb eines staatlichen Regierungsapparates fokussiert ist, öffnet „Good Governance“ den Blick auf das gesamte politische Gemeinwesen. Erst wenn staatliche, privatwirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure zusammenarbeiten und öffentliche Angelegenheiten gemeinsam wahrnehmen, können Reform- und Strukturanpassungsleistungen gelingen und menschliche Entwicklung (Human Development) vorangebracht werden (vgl. E+Z 2000, E+Z 2001).

3 Freedom House schätzt, dass es 2000-2001 auf der Welt 120 Wahldemokratien gibt und dass – seit die Erhebungen 1980 begannen – noch nie so viele Menschen (40,7 %) in Freiheit lebten wie derzeit (siehe Freedom Around the World 2000-2001, www.freedomhouse.org).

Tatsächlich jedoch blieben nach dem Anfangsschub in den frühen neunziger Jahren viele Wahldemokratien in Lateinamerika, Mitteleuropa und Schwarzafrika zerbrechlich und konnten sich nicht stabilisieren, da sie häufig von ethnischen Konflikten gespalten und nachlassender wirtschaftlicher Leistungskraft geplagt waren, sich übermäßig große Exekutivmacht in der Hand einer vorherrschenden Partei befand und die Opposition zersplittert war (Linz und Stephan 1996). Die größte Gefahr besteht, wie man am Beispiel der Andenregion sehen kann, in der Enttäuschung über die Demokratie bis hin zur gelegentlichen Abkehr davon (Norris 1999; Pharr und Putnam 2000; Lagos 2001; Plattner und Diamond 2001). Ob das demokratische Potential voll ausgeschöpft werden kann, hängt davon ab, ob Institutionen der Teilhabe und der Rechenschaftspflicht, die häufig mangelhaft ausgebildet bleiben, ausgeweitet und tiefer verankert werden können. Die vorliegende Studie geht der Schlüsselfrage nach, ob es systematische Belege dafür gibt, dass der Massenkommunikation eine zentrale Rolle für das Gute Regieren und die Wohlfahrtsentwicklung zukommt, wie liberale Staatstheoretiker seit langem behaupten.

Im ersten Teil des Beitrags wird argumentiert, dass die Massenmedien eine positive Wirkung auf das Gute Regieren und die Wohlfahrtsentwicklung haben – um an zwei zentrale Konzepte des aktuellen entwicklungspolitischen Diskurses anzuknüpfen. Dies gelingt den Massenmedien dann, wenn sie als Kontrollinstanz fungieren, die die Machthaber öffentlich zur Verantwortung zieht, und als öffentliches Forum, das für eine Vielzahl politischer Standpunkte offen ist. Diese Funktionen der Massenmedien sind in der Realität jedoch oft eingeschränkt. Die Bedeutsamkeit einer vierten Gewalt als Hemmnis für Machtmissbrauch wird in den liberalen Staatstheorien betont. Dieser Beitrag legt dar, dass Machtkontrolle eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Entwicklung ist. Mediensysteme können Gutes Regieren und eine positive Wohlfahrtsentwicklung unter zwei Bedingungen fördern: (1) wenn es eine unbeschränkte, unabhängige freie Presse gibt und (2) wenn der Zugang zur Massenkommunikation offen und pluralistisch ist. Im zweiten Teil des Beitrags wird die Methode des internationalen Vergleichs skizziert, die der Analyse zugrundeliegende Typologie operationalisiert und schließlich der Medienzugang und die Medienfreiheit in 135 Ländern weltweit verglichen. Im dritten Teil steht die transnationale Evidenz für die Wirkung der beschriebenen Muster zur Diskussion.

Die Studie belegt, dass Mediensysteme mit offenem Zugang und einer unabhängigen Presse in systematischer Weise mit Indikatoren des Guten Regierens und positiver Wohlfahrtsentwicklung verbunden sind. Hinsichtlich des Guten Regierens sind Länder mit offenen, freien Medien durch weniger Korruption, höhere Effektivität der Verwaltung, größere politische Stabilität und verlässliche Rechtsordnung gekennzeichnet. Darüber hinaus haben diese Länder eine positivere Wohlfahrtsentwicklung, die sich durch ein höheres Pro-Kopf-Einkommen, geringeren Analphabetismus, weniger wirtschaftliche Ungleichheit, geringere Säuglingssterblichkeit und höhere öffentliche Gesundheitsausgaben darstellen lässt. Das Schlusskapitel erörtert die politischen Implikationen und schlägt praktische Maßnahmen vor, die Massenmedien in ärmeren Gesellschaften zu stärken, wenn diesen ein pluraler Medienzugang oder die Pressefreiheit fehlt.

2 Gutes Regieren und Wohlfahrtsentwicklung

2.1 Theorien über die Rolle der Massenkommunikation

Welche Rolle spielen die Massenmedien, wenn es um politische Teilhabe der Bürger und die Verantwortungsbereitschaft und Rechenschaftspflicht der Regierung nach den Prinzipien von Gutem Regieren und Wohlfahrtsentwicklung geht (Asante 1997, Shah 1996; McQuail 2000)? Liberale Theoretiker von Milton über Locke und Madison bis zu John Stuart Mill haben argumentiert, dass eine freie und unabhängige Presse eine unverzichtbare Rolle im Prozess der Demokratisierung spielen kann, sofern sie die Rechte von Meinungs- und Gewissensfreiheit fördert, die Beachtung des Bürgerwillens durch die Regierung stärkt und ein pluralistisches Forum politischer Willensbekundung für eine Vielzahl

von Gruppen bietet (Sen 1999). In den zurückliegenden Jahren ist die Erkenntnis gewachsen, dass diese Prozesse nicht nur politisch wertvoll, sondern auch für die Wohlfahrtsentwicklung entscheidend sind. Für diese Sichtweise steht beispielhaft das Argument von Sen, wonach in Ländern mit geringem Pro-Kopf-Einkommen die Wahrnehmung politischer Freiheiten mit verbesserten wirtschaftlichen Resultaten und Guten Regieren verbunden sind. Diese positiven Entwicklungen sind zunächst auf den intrinsischen Wert politischer Freiheit zurückzuführen, welche es im weiteren auch ärmeren, unprivilegierten Bevölkerungsschichten erlaubt, gehört zu werden und auf sinnvolle wirtschaftliche Entscheidungen hinzuwirken (Sen 1999; Besley und Burgess 2001). Die Garantie der Meinungs- und Informationsfreiheit wird von der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*, die die Vereinten Nationen 1948 verabschiedeten, der *Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten* des Europarates, der *Amerikanischen Konvention der Menschenrechte* sowie der *Afrikanischen Charta des Menschen- und Völkerrechts* als Grundrecht anerkannt. In den Worten des Präsidenten der Weltbank, James D. Wolfensohn (1999):

„Eine freie Presse ist kein Luxus. Eine freie Presse steht im Zentrum einer gerechten Entwicklung, denn wenn man den Armen nicht das Wahlrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung zuerkennt, und wenn es keinen Suchscheinwerfer zur Verfolgung und Durchleuchtung von Korruption und Ungerechtigkeit gibt, kann sich kein Prozess öffentlicher Konsens- und Willensbildung einstellen, der Voraussetzung für Wandel und Entwicklung ist.“

In modernen Gesellschaften ist die Verfügbarkeit von Informationen eine entscheidende Voraussetzung für gute politische Entscheidungen sowohl von Bürgern als auch von Politikern. Auf wirtschaftlichen Märkten brauchen die Konsumenten verlässliche Informationen, um Produkte und Dienstleistungen vergleichen und bewerten zu können. Auf politischen Märkten brauchen die Wähler Informationen, um die Leistung der Regierung beurteilen und zwischen alternativen Kandidaten und Parteien auswählen zu können. Wenn die Bürger schlecht informiert sind, wenn ihnen praktisches Wissen fehlt, fällen sie möglicherweise (Wahl-) Entscheidungen gegen ihre eigentlichen Interessen (Lupia und McCubbins 1998). Darüber hinaus benötigen Politiker genaue Informationen über die Bürger, um auf öffentliche Anliegen zu reagieren, effektive Dienstleistungen für tatsächlich vorhandene Bedürfnisse anzubieten, und die Wähler wirksam zu mobilisieren – letzteres ist in der Demokratie Voraussetzung dafür, Ämter zu erreichen und zu behalten.

Informationen für den politischen Markt stammen hauptsächlich aus zwei Quellen: Zu den persönlichen Kontakten gehören üblicherweise politische Gespräche mit Freunden, Familien und Kollegen sowie traditionelle Wahlveranstaltungen, Gemeindeversammlungen und Treffen von Basisgruppen. Diese Informationsquellen bleiben wichtig, besonders in Wahlkämpfen ärmerer Demokratien. Die Bedeutung der persönlichen, direkten politischen Kommunikation mag durch die Ausweitung von Emails und Online-Diskussionen sogar wieder belebt werden (Norris 2000). Aber diese Kanäle werden in modernen Wahlkämpfen durch die Massenkommunikation ergänzt. Dazu zählen Printmedien (Zeitungen und Zeitschriften), Rundfunkmedien (Radio und Fernsehen) und Netzmedien (Online-Dienste und politische Internet-Angebote). Der Aufstieg des Internets könnte sich im Prozess der Demokratisierung als eine besonders bedeutsame Entwicklung erweisen. Dies ist auf sein enormes Interaktionspotential, seine raum-, zeit- und grenzüberschreitende Qualität sowie auf seine leichte Verfügbarkeit zurückzuführen. Über das Internet können sich auch Oppositionsgruppen, Neue Soziale Bewegungen und transnationale Bewegungsnetzwerke trotz der weltweit hochgradig ungleichen Verbreitung von Informationstechniken effektiv artikulieren (Norris 2001, Ch. 1).

Klassische liberale Theorien behaupten, dass eine freie Presse den Prozess der Demokratisierung und der Wohlfahrtsentwicklung durch ihre ‚Wächterfunktion‘ stärkt. Dabei sorgt die Berichterstattung der Medien für Transparenz des Regierungshandelns und öffentliche Kontrolle der Machthaber. So werden Politikversagen, Amtsmissbrauch und Skandale in Politik, Justiz und Wirtschaft ausführlich thematisiert (Donohue, Tichenor 1995). Seit Edmund Burke wurde die „vierte Gewalt“ von jeher als eine der klassischen Hemm- und Ausgleichskräfte in der Gewaltenteilung angesehen (Köcher 1986). Investigativer Journalismus kann internes Regierungshandeln durch externe Nachforschungen öffentlich

machen und Autoritäten für ihr Handeln zur Rechenschaft ziehen, egal ob es sich um öffentliche Institutionen, gemeinnützige Organisationen oder um private Wirtschaftsunternehmen handelt.

Ebenso lebenswichtig ist nach Ansicht der liberalen Theorien die ‚*Forumsfunktion*‘ der Presse. Sie stellt eine Öffentlichkeitsarena bereit, die zwischen Bürgern und Staat vermittelt und eine informierte Debatte über zentrale aktuelle Fragen ermöglicht (Dahlgren und Sparks 1995; Dahlgren 1995). Wenn die Medienberichterstattung die soziale und kulturelle Vielfalt innerhalb jeder Gesellschaft fair, ausgewogen und unparteiisch widerspiegelt, haben die vielfältigen Interessen und Stimmen im öffentlichen Diskurs eine gleichgewichtige Chance gehört zu werden. Diese Funktion ist besonders in Wahlkämpfen wichtig. Der ausgewogene Zugang zu Radio und Fernsehen für die konkurrierenden Parteien, Kandidaten und Gruppen ist entscheidend für offene, freie und faire Wahlen. Gerade in der Zeit von Wahlen ist es besonders wichtig, dass staatseigene oder öffentliche Fernsehstationen für die Vielfalt der politischen Standpunkte offen sind und die Regierung nicht bevorteilen. Dieser Grundsatz ist in der Rechtsprechung so verschiedener Länder wie Ghana, Sri Lanka, Belize, Indien, Trinidad und Tobago und Sambia mittlerweile anerkannt (ACE Project).

Wie sieht es aber in der empirischen Bestätigung jener Behauptungen aus, die den liberalen Theorien zugrunde liegen? Frühe Studien gingen von einer einfachen und direkten Beziehung zwischen der Verbreitung moderner Formen von Massenkommunikation, sozioökonomischer Entwicklung und dem Prozess der Demokratisierung aus. Die Arbeiten aus den fünfziger und frühen sechziger Jahren, u.a. von Lerner, Lipset, Pye und Cutright, legten nahe, dass die Diffusion der Massenkommunikation ein Stadium im Entwicklungsprozess darstellt. Nach dieser Sichtweise führten Urbanisierung und sinkender Analphabetismus zu einer wachsenden Nutzung moderner Techniken wie Telefon, Zeitungen, Radio und Fernsehen. Die Diffusion der Massenmedien legte die Grundlagen für eine informierte Bürgerschaft, die in der Lage war, am demokratischen Leben teilzunehmen (Lerner 1958; Pye 1963; Lipset 1959; McCrone und Cnudde 1967). Gestützt auf einfache Korrelationsanalysen, die enge Beziehungen zwischen der Verbreitung von Kommunikationsmitteln und politischer Entwicklung zeigten, schrieb Daniel Lerner:

„Zunächst nur von relativ wenigen Menschen erworben, schuf die Fähigkeit zu lesen die Voraussetzung, die verschiedenen Aufgaben zu erfüllen, die in der sich modernisierenden Gesellschaft erforderlich sind. Erst in der dritten Entwicklungsstufe, wenn Technologie und Industrialisierung ziemlich weit fortgeschritten sind, beginnt eine Gesellschaft, Zeitungen, Rundfunksender und Filme in breiterem Maße hervorzubringen. Dies wiederum beschleunigt den Abbau des Analphabetismus. Aus dieser Interaktion entstehen die Institutionen der Teilhabe (wie z. B. das Wählen), die wir in allen fortgeschrittenen modernen Gesellschaften finden“ (Lerner 1958: 60).

In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren kam die Annahme, dass sich der Modernisierungsprozess mit einem Modell abgrenzbarer Stufen beschreiben ließe, allmählich aus der Mode. Die Skepsis wuchs angesichts der Komplexität des menschlichen Fortschritts, die in verschiedenen Teilen der Welt sichtbar wurde; der größeren Rückschläge für die Demokratie, die Lateinamerika, Schwarzafrika und Asien im Rahmen der „zweiten Welle rückwärts“ erlebten (Huntington 1993); und der wachsenden Einsicht, dass gerade die Steuerung von Zeitungen und Fernsehen wirksam genutzt werden konnte, autoritäre Regime zu stützen und die Macht multinationaler Konzerne zu vergrößern; ebenso wie es in positiver Hinsicht möglich war, die Menschenrechte zu stärken und den Benachteiligten eine Stimme zu geben (Mowlana 1985; Sreberny-Mohammadi u. a. 1984; Stevenson und Shaw 1984; Hur 1984, Preston u. a. 1989).

2.2 Grenzen der freien Presse

Trotz liberaler Ideale können Massenmedien in der Realität aus vielen Gründen versagen, die Demokratie zu stärken. Einschränkungen der Pressefreiheit und Pressefunktionen können vielfältig sein: Offene Beeinflussung durch Regierungspropaganda, amtliche Zensur, gesetzliche Beschränkungen der Meinungs- und Publikationsfreiheit wie z. B. durch rigider Regelungen zum Schutz der persönlichen Ehre, zum Schutz von amtlicher Geheimhaltung, zum Schutz vor Parteilichkeit in der

Wahlkampfberichterstattung, oder durch Medienkonzentration und Oligopolbildung und subtilere Parteilichkeit im öffentlichen Diskurs durch die Ausgrenzung bestimmter Standpunkte (Sussman 2001). Es gibt vielfältige Beispiele:

- Staatliche Informationskontrolle durch Mediengesetzgebung und Medienbesitz von Hörfunk- und Fernsehsystemen kann von autokratischen Regimes zur Sicherstellung ideologischer Vorherrschaft genutzt werden. Dies kann negative Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung haben (Djankov u.a. 2001). In Malaysia und Singapur hat der Staat die Presse zum Beispiel dazu benutzt, um Auflehnungen in der eigenen Bevölkerung zu unterdrücken, und hat ausländische Journalisten gezwungen, deren regimekritische Berichte entweder umzuändern oder nicht zu verbreiten (Rodan 1998).
- Die Regierungen von Myanmar, Sri Lanka, Irak und Saudi-Arabien, um nur einige zu nennen, schränken die Pressefreiheit routinemäßig durch amtliche Steuerung, gesetzliche Beschränkungen und Zensur massiv ein (Index on Censorship, World Press Freedom Council, International Press Institute, Inglehart 1998). Diese Zensurpraxis wird im Cyberspace schwieriger, aber trotzdem übt der Staat in einigen Ländern auch dort die Kontrolle über den Zugang und den Inhalt aus, weil es ein Monopol eines staatlichen Internet-Anbieters gibt (Kalathil und Boas 2001; Sussman 2000).
- In Wahlkämpfen vieler Länder verhindert eine regierungsfreundliche Tendenz in Radio und Fernsehen die Chancengleichheit konkurrierender Parteien, wie jüngst in Russland, Weißrussland, der Ukraine und Mosambik zu sehen war (OSZE).
- Statistiken von Organisationen zur Verteidigung der Pressefreiheit zeigen, dass jedes Jahr Dutzende Medienangehörige getötet oder verletzt werden, während sie ihre Arbeit tun. In vielen Teilen der Welt droht den Journalisten tägliche Lebensgefahr durch Kriege, innere Unruhen, Staatsstrieche, Terrorismus und Racheakte (International Federation of Journalists). In Kolumbien, Sierra Leone, Liberia, Simbabwe und Ägypten haben viele Journalisten, Rundfunkleute und Herausgeber Einschüchterung, Nachstellungen und Inhaftierungen erleben müssen.
- Auch die Konzentration von Medienbesitz in Händen weniger multinationaler Großkonzerne, die über Medienunternehmen auf der ganzen Welt verfügen, ruft Befürchtungen hervor. Bekannte Beispiele sind AOL Time Warner und die Walt Disney Corporation in den Vereinigten Staaten, News International in Australien, Bertelsmann in Deutschland, Thomson in Kanada und Fininvest in Italien (Tunstall und Palmer 1991; Sanchez-Tabernero 1993). Durch zunehmende Fusionen konzentriert sich die Medienmacht weniger multinationaler Großkonzerne weiter, die der Öffentlichkeit allerdings keine Rechenschaft schulden. Hier liegt eine Gefahr für die Medienvielfalt (Bagdikian 1997; Bogart 1995; McChesney 1999; Picard 1988).

Daher können die Massenmedien – im Widerspruch zu liberaltheoretischen Idealvorstellungen – in der Praxis auch dazu dienen, die Macht von Staatsautoritäten und einflussreichen Interessengruppen zu stärken, anstatt die Standpunkte von Minderheiten und die Verantwortung der Regierung gegenüber den Bürgern zu fördern. Die langfristige Gefahr bestünde darin, dass Wahldemokratien wenig effektiv regiert würden und die Unzufriedenheit der Bürger mit den repräsentativen Institutionen wächst, was der Demokratisierung und dem menschlichen Fortschritt im Wege stünde.

3 Der Vergleich von Mediensystemen

Die vorliegende Studie versucht, die Rolle der Medien im demokratischen Entwicklungsprozess zu beleuchten, indem sehr viele unterschiedliche Länder vergleichend untersucht werden. Viele Forschungsarbeiten zur politischen Kommunikation legen den Schwerpunkt entweder auf die Vereinigten Staaten alleine oder auf einen paarweisen Vergleich, oft unter Einschluss der USA oder eines angloamerikanischen Landes. Große Hindernisse stehen aber jedem Versuch im Wege, die Befunde über

ein oder zwei Länder zu verallgemeinern und weiterreichende Beziehungen darzustellen. Wie Lipset seit langem betont, stellt insbesondere das politische System der Vereinigten Staaten eine so große Ausnahme dar, dass es für den Vergleich mit anderen Nationen ungeeignet ist (Lipset 1996, 1990). Die individualistischen Werte und besonderen verfassungsrechtlichen Strukturen, die bei der Gründung der Vereinigten Staaten geschaffen wurden, erzeugten ein spezifisches kulturelles Milieu. Die besonderen Umstände, das historische Erbe und die besonderen institutionellen Strukturen haben, so muss man annehmen, auch das amerikanische Mediensystem geprägt. Zum Beispiel kann die lange Vorherrschaft des privat-kommerziellen Rundfunks in den USA dazu führen, dass Vergleiche der Fernsehnachrichten von amerikanischen Networks mit Nachrichtensendungen aus Mediensystemen, in denen öffentlich-rechtlicher Rundfunk eine lange Tradition hatte, völlig unterschiedlich ausfallen. Die USA unterscheiden sich in vielen Punkten von gleichwertigen europäischen Demokratien: in der außerordentlich langen Dauer und schieren Häufigkeit von Wahlkämpfen in den USA, in der Finanzierung von Wahlkämpfen, in der Vorrangstellung von Kandidaten gegenüber Parteien, im Fehlen eines bedeutsamen nationalen Zeitungswesens, in der Komplexität und Fragmentierung der politischen Entscheidungsfindung und in den Normen und Traditionen des Journalismus.

Eine andere Forschungsrichtung, beispielhaft vertreten durch die Euromedia Group, vergleicht die politische Kommunikation in etablierten westeuropäischen Demokratien (Østergaard 1992) oder die Mediensysteme in wohlhabenden postindustriellen Gesellschaften (Norris 2000). Es ist aber keineswegs klar, wie weit man die dort gewonnenen Befunde auf andere Länder, z.B. solche mit mittlerem oder geringem Einkommen in anderen Weltgegenden, übertragen kann. Westeuropäische Mediensysteme, die – dem langfristigen Prozess der Industrialisierung folgend – Mitte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts allmählich entstanden sind, werden kaum den Mediensystemen in Lateinamerika, Afrika, im Nahen Osten oder in Mitteleuropa ähneln. Den verschiedenen Regionen der Welt wurde durch spezifische historische Erfahrungen ein kultureller Stempel aufgedrückt, der sich bis heute in der politischen Berichterstattung niederschlägt – abhängig von den jeweiligen Einflüssen.

Eine weitere Herangehensweise besteht darin, länderspezifische Fallstudien von etablierten und jungen Demokratien in einen lockeren theoretischen Rahmen einzufügen, und diese in additiven Sammelwerken zu bündeln. Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, etwa wenn Veränderungen der Wahlkampfkommunikation verglichen werden, aber es bleibt schwierig, auf der Basis unterschiedlicher Länderstudien systematische Vergleiche anzustellen (Swanson und Mancini 1996; Gunther und Mughan 2000). Anders als andere Gebiete der vergleichenden Regierungslehre wie etwa Parteien, Wahlsysteme und Wahlverhalten oder Verfassungssysteme fehlen der politischen Kommunikation starke, gut begründete und breit akzeptierte konzeptionelle Typologien. Die bekannteste Klassifikation von Mediensystemen – Sieberts, Petersons und Schramms „Four Theories of the Press“ – wurde auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges entwickelt und hat kaum noch aktuellen Wert (Siebert u.a. 1984/1956). Diese Schwierigkeiten hatten zur Folge, dass Lehrbücher zur Vergleichenden Regierungslehre den Massenmedien lange Zeit nur randständige Bedeutung zuschrieben und sie allenfalls als Träger politischer Sozialisation oder als Artikulationskanal für Forderungen von Interessengruppen ansahen. Als autonome Institution oder eigenständiger politischer Akteur wurden sie kaum behandelt (z. B. Almond und Powell 1992).

Im Lichte dieser Überlegungen folgt die vorliegende Studie der Konzeptualisierung von Prezeworski und Teune (1970) und wendet das Forschungsdesign der größten Systemunterschiede („most different systems design“) an. Es geht darum, sehr unterschiedliche Gesellschaften zu vergleichen, um systematische Merkmals-Cluster zu erkennen, die mit den unterschiedlichen Ausprägungen der Massenmedien in den verschiedenen Ländern zusammenhängen. Der folgende Vergleich schließt also Länder mit höchstem Einkommensniveau (z.B. Schweden, Deutschland, Vereinigte Staaten) ebenso ein wie Transformationsgesellschaften der mittleren Entwicklungsstufe (z.B. Taiwan, Brasilien, Südafrika) und ärmere Gesellschaften (wie Indien, China). Einige der hier beobachteten Länder werden seit langer Zeit von autoritären Regimes regiert, während andere eine Wandlung hin zur Festigung einer Demokratie

vollzogen haben. Die Tschechische Republik, Lettland und Argentinien werden heute als genauso „frei“ eingeschätzt wie westeuropäische Nationen mit einer langen demokratischen Tradition wie etwa Belgien, Frankreich oder die Niederlande (Freedom House 2000).

Viel-Länder-Studien, die mit dem „most different systems“-Design arbeiten, weisen auch einige Nachteile auf, insbesondere einen Verlust an Vielfalt und Tiefe, die bei einem fallweisen Vergleich weniger Länder innerhalb einer relativ homogenen Weltregion („most similar systems research design“) möglich sind. Andererseits erhöht der breitere Zugang die Komplexität des Vergleichs zwischen Gesellschaften, die im Hinblick auf kulturelles Erbe, politische Systeme und demokratische Traditionen stark variieren. Auch die hier gewählte punktuelle Querschnittanalyse von Aggregatdaten sehr vieler Länder weist Grenzen auf, die sich aus der Anlage des Designs und dem Datenmaterial ergeben. Zum einen können aufgrund eines einzigen Messzeitpunkts keine dynamischen Zeitverlaufsprozesse bei den 135 Nationen aufgezeigt werden. Zum anderen stellen viele der hier verwendeten Sekundärdatenquellen (z.B. die Auflage von Zeitungen oder die Verbreitung von Fernsehgeräten) nur Näherungsindikatoren für Konzepte dar, die wir nicht direkt messen konnten (z.B. die wirkliche Leserschaft oder die Muster der Fernsehnutzung), weil sie ursprünglich für andere Zwecke erhoben wurden. Die Reihung der Eurobarometer-Umfragen stellen zwar Trends der Mediennutzung in den Mitgliedsländern der EU über dreißig Jahren bereit, aber die Versuche, verlässliche und vergleichbare Daten auch in anderen Regionen der Welt zu erheben, stehen erst am Anfang. Fragen der Mediennutzung sind im „International Social Survey Programme“ und vielen nationalen Wahlstudien noch nicht einmal routinemäßig enthalten. Trotz dieser Beschränkungen hat die Strategie, einen weltweiten Vergleich auf der Basis der verfügbaren Daten zu versuchen, auch vielfältige Vorteile: Sie ermöglicht ein größeres Verständnis sehr weitreichender Zusammenhänge, die Präzisierung und breite Fundierung von Analysemodellen, und Aussagen über die Verallgemeinerbarkeit der Befunde mit ungewöhnlicher Reichweite.

Libérale Theorien betonen seit langem die Bedeutung eines unabhängigen Journalismus als Hemmnis für Machtmissbrauch. Diese Studie argumentiert, dass dies eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung ist. Mediensysteme stärken „Good Governance“ und fördern positive Entwicklungsergebnisse vor allem unter zwei Bedingungen: wenn die Kanäle der Massenkommunikation frei und unabhängig von etablierten Interessen sind, und wenn es zusätzlich einen breiten und offenen Zugang der Öffentlichkeit zu diesen Kanälen gibt. Pressefreiheit allein ist eben keine ausreichende Garantie für die positive Entwicklung einer (Transformations-) Gesellschaft, wenn benachteiligte oder ausgegrenzte Gruppen von der Informationsquelle Massenmedien ausgeschlossen werden. Auch die Auswirkungen des Internets auf Demokratie und sozialen Fortschritt werden begrenzt bleiben, wenn die digitale Kluft nicht geschlossen, die online verfügbaren politischen Ressourcen nicht genutzt, und der Zugang zu grundlegender Information über Arbeitsplätze, Bildungsangebote, Nachrichten und gesellschaftliche Netzwerke für ärmere Bevölkerungsschichten in weiten Teilen Schwarzafrikas, Südasiens und Lateinamerikas nicht geöffnet werden (Norris 2001). Der Zugang zur Massenkommunikation alleine ist aber ebenfalls nicht hinreichend, solange die Presse den etablierten Interessen gefällig bleibt, das Fernsehen nicht in der Lage ist, über Regierungsversagen zu berichten, der Hörfunk unfähig ist, die Mächtigen zur Rechenschaft zu ziehen, und es nur wenige Internet-Angebote gibt, die die Anliegen lokaler Gruppen und sprachlicher Minderheiten in ärmeren Ländern artikulieren. Damit Kommunikationskanäle im Sinne der liberalen Ideen und Hoffnungen wirken können, müssen – so können wir argumentieren – sowohl ein breiter Zugang wie auch deren Unabhängigkeit vorhanden sein (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1: Typologie von Mediensystemen*

	Pressefreiheit	
	Unfreie Medien	Freie Medien

Medienzugang	<i>Weitverbreiteter Zugang</i>	z.B. Singapur, Weißrussland, Saudi-Arabien, Türkei, Russland	z. B. Argentinien, Brasilien, Estland, Jamaika, Polen, Großbritannien, Deutschland, USA
	<i>Begrenzter Zugang</i>	z. B. Bangladesch, Ruanda, Algerien, Jemen, Simbabwe	z.B. Mali, Namibia, Philippinen, Südafrika

*: Die Maße für Medienzugang und Pressefreiheit werden im Technischen Anhang am Ende des Beitrags erläutert.

Das Niveau des Medienzugangs beeinflusst das Ausmaß und die Reichweite der mediengebundenen Kommunikationskanäle und damit die Möglichkeiten der Politiker, die Öffentlichkeit über die Presse anzusprechen, und die Möglichkeiten der Bürger, sich über diese Kanäle über öffentliche Angelegenheiten zu informieren. Je höher das Zugangsniveau zu Tageszeitungen, Radio, Fernsehen und Internet, desto größer, ceteris paribus, ist das Potential für Medienwirkungen einzuschätzen. Der Zugang zur Massenkommunikation umfasst üblicherweise die Printmedien (Zeitungen und Zeitschriften), die Rundfunkmedien (Radio und Fernsehen) und neue Netzmedien, die mit dem Internet zusammenhängen (einschließlich Email). Der Grad des Medienzugangs in den 135 Ländern kann durch Indikatoren gemessen werden, die die Auflage von Tageszeitungen, die Verbreitung von Radioempfängern und Fernsehgeräten pro 1.000 Einwohnern, den Anteil der Personen mit Online-Zugang an der Gesamtbevölkerung sowie die gewichtete Verteilung von Online-Anbietern umfassen (siehe Tabelle A1 im Anhang).⁴

Die Indikatoren der Mediendiffusion hängen untereinander eng zusammen. Alle entsprechenden Korrelationen sind hoch und signifikant ($r=0.55$ oder höher, Signifikanzniveau mindestens .01), obwohl es einige Länder gibt, in denen die Druckmedien eine größere Rolle spielen, wie z.B. Südkorea, Norwegen, Rumänien und Israel, während in anderen die Mediennutzung des Fernsehens dominant ist, wie etwa in den Vereinigten Staaten, Kanada, Portugal und El Salvador. Im Lichte der hohen Korrelationen wurde *Medienzugang* in Tabelle A1 zu einer einzigen standardisierten 100-Punkte Skala zusammengefasst, die die Pro-Kopf-Auflage an Tageszeitungen, die Verfügbarkeit von Radioempfängern und Fernsehgeräten, den Anteil der Online-Bevölkerung und die Verteilung der Internet-Anbieter enthält. Die starke Schiefe der Skala zugunsten der reicheren Nationen wurde durch Logarithmierung an eine Normalverteilung angeglichen.

Man kann annehmen, dass der Grad der Pressefreiheit in einem Land einen Einfluss darauf hat, inwieweit Nachrichtenmedien die Vielfalt der politischen Standpunkte vermitteln und inwieweit sie den Staat für sein Handeln öffentlich zur Verantwortung ziehen – oder aber die Machtinteressen des Staates und etablierter Kreise fraglos schützen und stärken. Pressefreiheit ist viel komplexer und schwieriger zu messen als Medienzugang, aber der jährliche „Freedom House Press Freedom Survey“ (2000) kann für unsere Zwecke als international vergleichender Indikator genutzt werden. Zur Messung der Pressefreiheit wird hierbei erfasst, wie weit die Vielfalt des Nachrichteninhalts durch die Struktur des Medienmarktes, Rechts- und Verwaltungsvorschriften, das Ausmaß politischer Einflussnahme oder Kontrolle, wirtschaftlicher Einflussnahme durch Regierung oder Privatunternehmen und durch tatsächliche Übergriffe auf die Pressefreiheit wie etwa Zensur, Nachstellungen und physische Bedrohungen von Journalisten beeinflusst werden. Die Einschätzung der Pressefreiheit unterscheidet zwischen Print- und Rundfunkmedien. Die resultierenden Maßzahlen sind als 100-Punkte-Skala für alle Länder des Vergleichs ausgewiesen. Die Aufstellung von „Freedom House“ aus dem Jahr 2000 weist Einschätzungen für 186 Länder auf.

⁴ Die Daten für Tageszeitungen und Radios stammen von der UNESCO, die Informationen über Fernsehgeräte, PCs und Internet-Anbieter von der ITU.

Schaubild 2 zeigt die Verteilung von 135 Ländern über die beiden Dimensionen Medienzugang und Pressefreiheit. Die Streuung der Gesellschaften in der oberen rechten Ecke zeigt, dass in vielen älteren wie auch in einigen jüngeren Demokratien wie der Tschechischen Republik, Thailand, der Republik Korea, Jamaika und Venezuela liberale Muster der Pressefreiheit eng verbunden sind mit weit verbreiteten Zugangsmöglichkeiten zu den Medien. Einige dieser Gesellschaften zählen zu den wohlhabendsten der Welt, aber andere sind bloß durch ein mittleres Entwicklungsniveau gekennzeichnet wie etwa Südafrika, El Salvador und Polen. Im Gegensatz dazu gibt es in den Gesellschaften der oberen linken Ecke einen relativ weit verbreiteten Zugang zu den modernen Massenmedien wie etwa Fernsehen, aber nur begrenzte Pressefreiheit. Dies legt nahe, dass dort das größte Potential für eine Instrumentalisierung der Nachrichtenmedien durch Regierung, Behörden oder machtvolle Interessen besteht. Beispielhaft sind hier Länder wie Singapur, Weißrussland, Saudi-Arabien, Türkei und Russland zu nennen (Hachten 1989), wo Medien als Instrumente für staatliche Propaganda oder parteiliche Vertretung eigener Interessen benutzt werden – und dabei große Teile der Bevölkerung erreichen können.

Mediensysteme in Ländern wie Indien, Botswana, Namibia und den Philippinen, zu finden in der unteren rechten Ecke in Schaubild 2, sind durch eine blühende unabhängige Presse, aber aufgrund des Analphabetismus und der Armut nur durch begrenzte Zugangsmöglichkeiten zu Zeitungen, Fernsehen und Internet gekennzeichnet. In diesen Ländern kann man erwarten, dass die Medien, begünstigt durch die miteinander konkurrierenden gesellschaftlichen Eliten, eine positive Wirkung auf den Pluralismus und die Rechenschaftspflicht der Regierung ausüben. Die Wirkungen auf die breite Bevölkerung bleiben aber begrenzt, weil die Medien diese gar nicht erreichen. In der linken unteren Ecke des Schaubildes finden sich schließlich die meisten Länder mit geringem Volkseinkommen, wie z.B. Angola, Ruanda, Kambodscha und Bangladesch. Weil es hier große Einschränkungen der Pressefreiheit gibt, sind die Medien kaum in der Lage, die Autorität der Regierung herauszufordern. Gleichzeitig dürften die Medien als Kanal für staatliche Propaganda auch nur von beschränktem Nutzen sein, da es für die Bevölkerung nur begrenzte Zugangsmöglichkeiten zu Zeitungen, Fernsehen und Internet gibt. In diesen Ländern sind vermutlich traditionelle Formen der Wahlkampfkommunikation – also örtliche Wahlveranstaltungen, Gemeindeversammlungen, Basisaktivitäten der Parteien und Plakate – wichtiger für die Mobilisierung politischer Unterstützung als die Massenmedien.

4 Der Einfluss der Mediensysteme auf Gutes Regieren und Wohlfahrtsentwicklung

Welche Einfluss üben diese Medientypen auf das Gute Regieren und die Wohlfahrtsentwicklung aus? In den vergangenen Jahren wird in einer Vielzahl von Ländern auf der ganzen Welt versucht, systematische, gültige und verlässliche Indikatoren für politische Entwicklung und die Qualität der Demokratie zu gewinnen. Wir können uns auf eine jüngere Studie der Weltbank (Kaufman u.a. 1999) stützen, die Indikatoren für „Good Governance“ entwickelte und sich dabei auf eine ganze Reihe von Umfragen unter Experten stützte. Diese Experten wurden gebeten, Staaten nach folgenden Kriterien zu beurteilen: Politische Stabilität; Rechtsstaatlichkeit; Leistungsfähigkeit der Regierung; und das Korruptionsniveau (zu Einzelheiten siehe Technischer Anhang). Politische Stabilität ist wichtig, da hier der regelmäßige Regierungswechsel, Einhaltung von demokratischen Spielregeln, verfassungsrechtliche Kontinuität und die Abwesenheit von politischer Gewalt durch Terrorismus erfasst sind. Rechtsstaatlichkeit betrifft die Unabhängigkeit und Wirksamkeit des Gerichtswesens, die Wahrnehmung und Verfolgung von Gewaltverbrechen und anderen Delikten, und die Möglichkeiten, die Einhaltung von Verträgen zu erzwingen. Die Leistungsfähigkeit der Regierung wird durch die Qualität öffentlicher Dienstleistungen der Verwaltung und die Unabhängigkeit des öffentlichen Sektors von politischem Druck gemessen. Die Feststellung des Korruptionsniveaus basiert schließlich darauf, wie erfolgreich eine Gesellschaft bei der Herausbildung fairer, transparenter und verlässlicher Regeln für gesellschaftliche und wirtschaftliche Transaktionen von den Experten eingeschätzt wird.

Solchen subjektiven Urteile mögen keine optimale Vorgehensweise darstellen, etwa weil die Zahl der nationalen „Experten“ zu klein oder ihre Auswahl unter Wirtschaftsführern und Universitätsgelehrten verzerrt sein könnte, oder weil die Abdeckung der verschiedenen Indikatoren zwischen den Ländern variierte oder möglicherweise eine Neigung bestand, Länder mit höheren wirtschaftlichen Ertragsmöglichkeiten positiver einzuschätzen. Solange allerdings andere verlässliche Indikatoren – etwa in Form repräsentativer Umfragen – fehlen, die ein ähnliches breites Spektrum von Ländern abdecken, stellen die hier genutzten Messungen eine der besten Möglichkeiten dar, Gutes Regieren zu erfassen.⁵ Wenn der verbreitete Zugang zu einer freien Presse einen bedeutsamen Einfluss auf eine stärkere Verantwortungsbereitschaft und Rechenschaftspflicht von Regierungen hat, sollte sich dies an den beschriebenen Indikatoren zeigen. Tabelle 1 und Schaubild 3 zeigen die einfachen Korrelationen zwischen den Indikatoren, ohne jede Kontrollvariable. Die Ergebnisse bestätigen, dass die Indikatoren für Medienzugang, für Pressefreiheit und der zusammengefasste Kommunikationsindex alle eng und signifikant mit den Indikatoren von „Good Governance“ zusammenhängen. Länder, in denen große Teile der Öffentlichkeit Zugang zu einer freien Presse haben, sind politisch stabiler, haben eine verlässlichere Rechtsordnung, eine bessere Effizienz der Verwaltung sowie weniger Korruption.

*Tabelle 1: Korrelationen zwischen Medien und Indikatoren für Gutes Regieren**

		Pressefreiheit	Zugang zu den Medien	Kommunikationsindex
Politische Stabilität (Political Stability)	R	.633	.633	.727
	Sig.	.000	.000	.000
	N	140	119	120
Verlässlichkeit der Rechtsordnung (Rule of Law)	R	.644	.682	.763
	Sig.	.000	.000	.000
	N	151	124	125
Effizienz der Verwaltung (Government Efficiency)	R	.688	.649	.771
	Sig.	.000	.000	.000
	N	141	120	121
Korruption (Corruption)	R	.674	.652	.788
	Sig.	.000	.000	.000
	N	140	119	120

*: Nähere Erläuterungen siehe Technischer Anhang.

5 Keiner der gewählten Indikatoren von „Good Governance“ enthält Messungen der Pressefreiheit oder des Zugangs zu den Medien.

Schaubild 3: Kommunikationsindex und Indikatoren für Gutes Regieren*

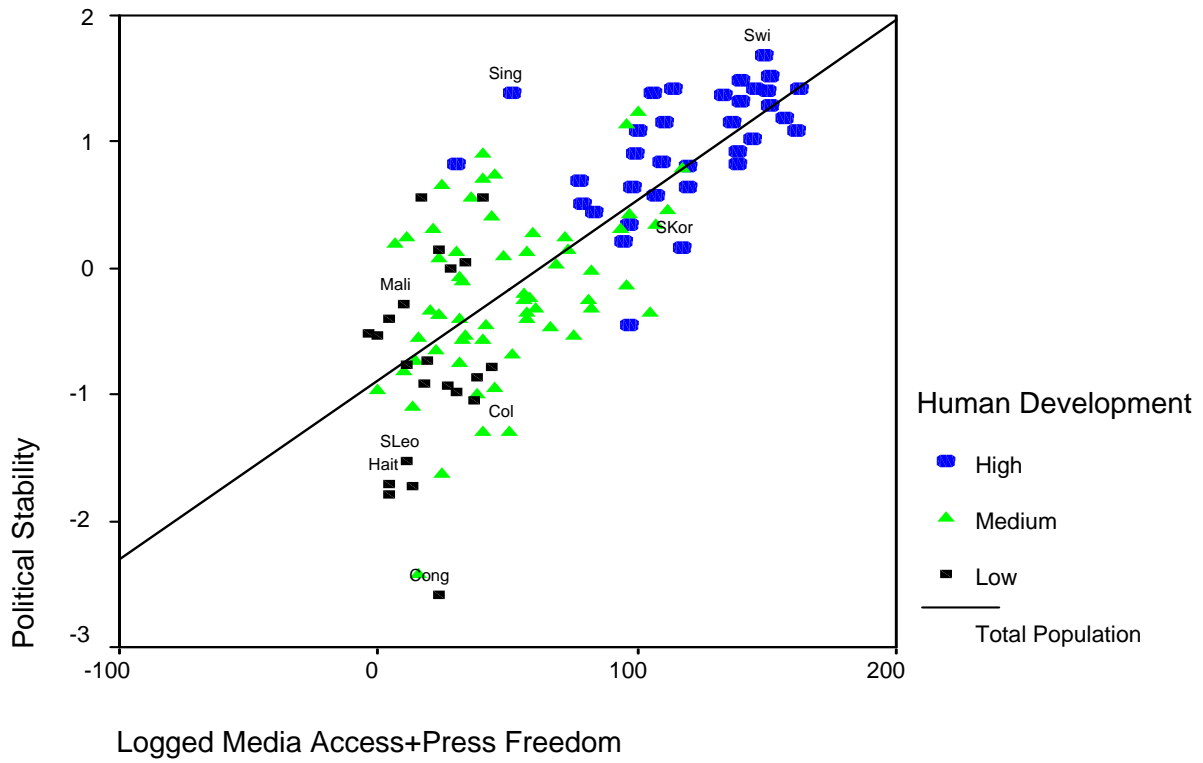
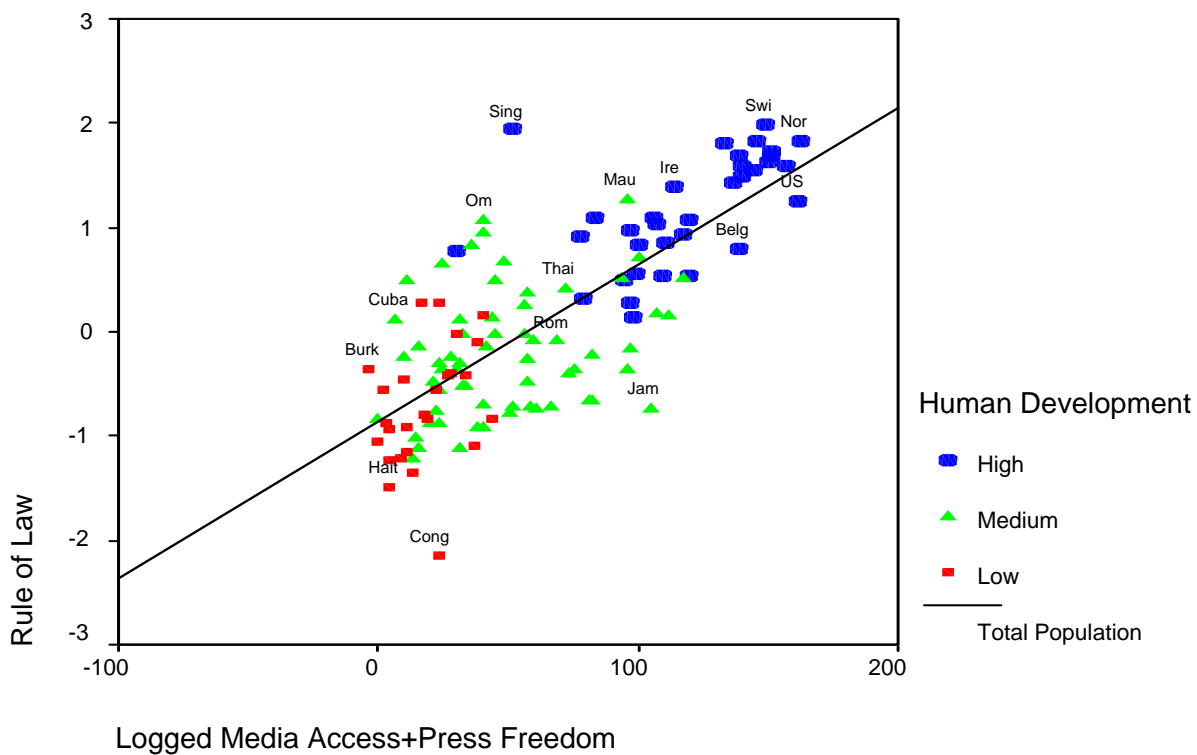
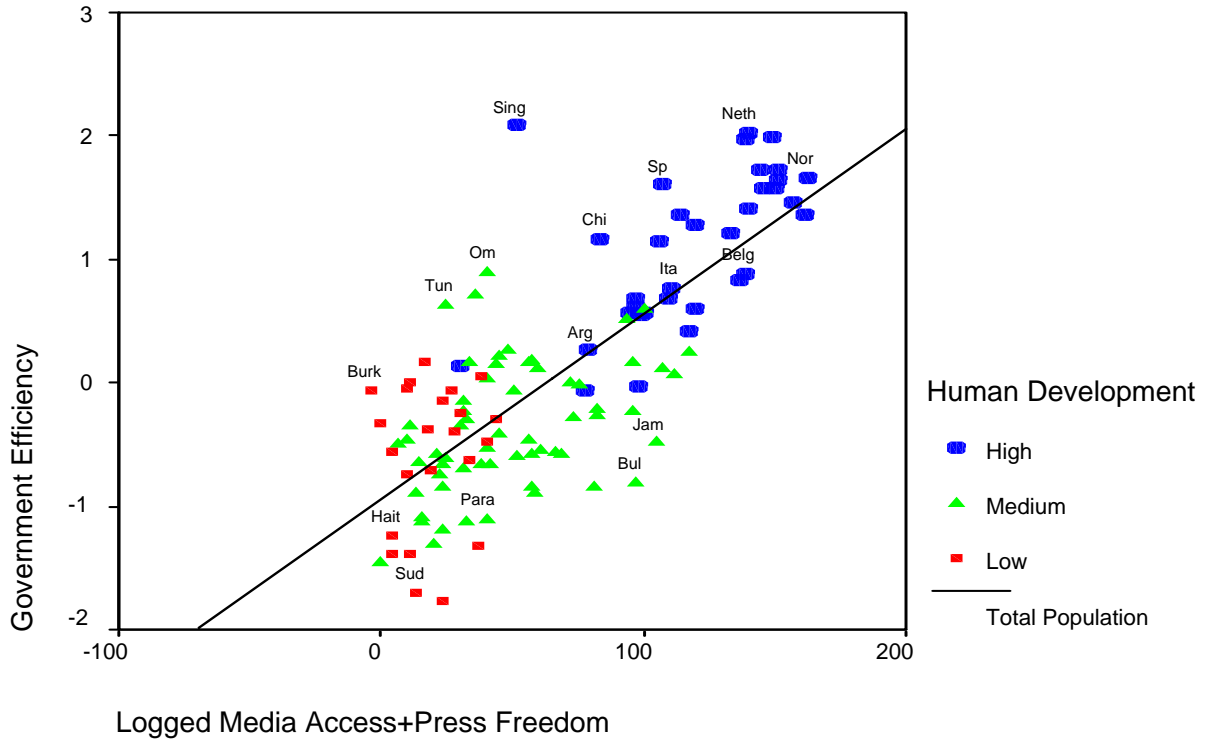


Schaubild 3: Kommunikationsindex und Indikatoren für Gutes Regieren* (Fortsetzung)



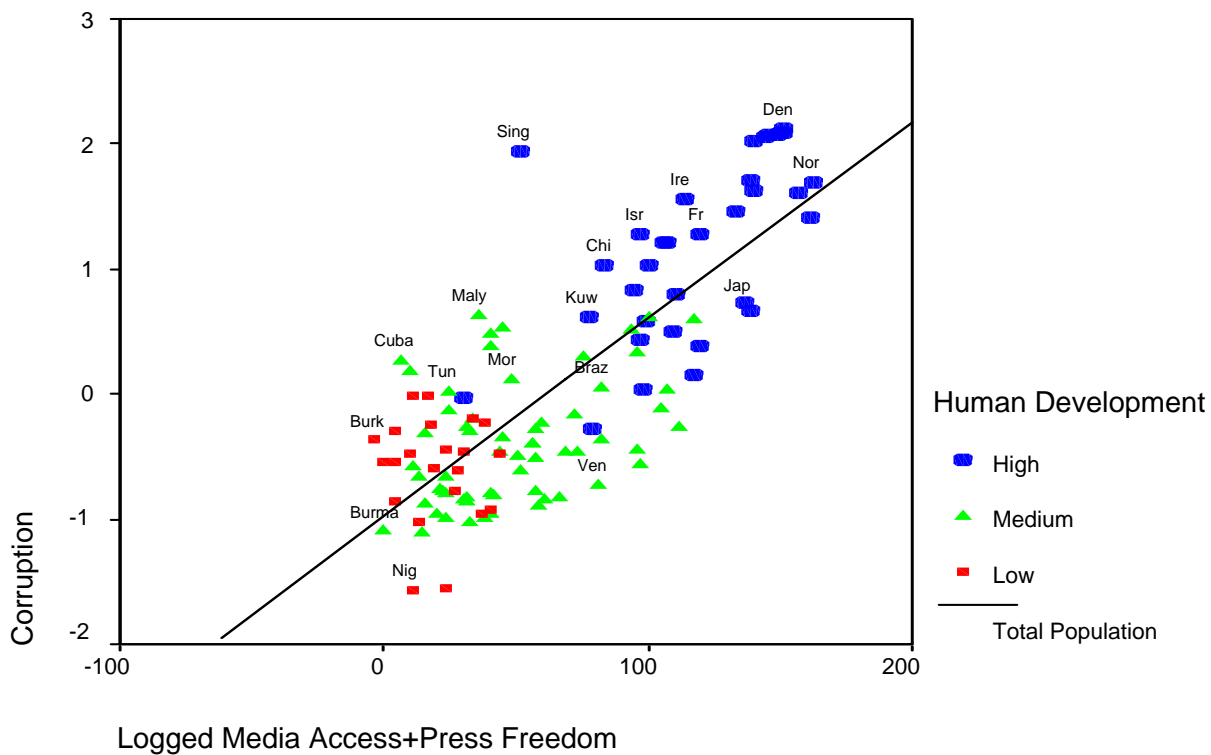
*: Nähere Erläuterungen siehe Technischer Anhang

Schaubild 3: Kommunikationsindex und Indikatoren für Gutes Regieren* (Fortsetzung)



*: Nähere Erläuterungen siehe Technischer Anhang

Schaubild 3: Kommunikationsindex und Indikatoren für Gutes Regieren* (Fortsetzung)



*: Nähere Erläuterungen siehe Technischer Anhang

Libérale Theorien behaupten, dass Massenkommunikation nicht nur für einen effizienteren Prozess der politischen Entscheidungsfindung sorgt, sondern zusätzlich auch dafür, dass die staatlichen Institutionen mehr auf die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse eingehen, weil in den Medien soziale Probleme und Sorgen der Bevölkerung angesprochen werden. Tabelle 2 untersucht die Korrelationen zwischen den Kommunikationsmaßen (Medienzugang, Pressefreiheit) und mehreren Indikatoren der Wohlfahrtsentwicklung (Pro-Kopf-Einkommen, Einkommensverteilung, Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung, öffentliche Gesundheitsausgaben und Analphabetismus unter Erwachsenen). Die Ergebnisse bestätigen, dass breiter Medienzugang, Pressefreiheit sowie der kombinierte Kommunikationsindex alle eng mit einer positiven Entwicklung der Indikatoren für Wohlfahrtsentwicklung (die dem *Human Development Index* entnommen wurden) zusammenhängen. Die Koeffizienten müssen gleichwohl vorsichtig interpretiert werden, da keine Kontrollvariablen berücksichtigt wurden und die Richtung des Kausalzusammenhangs nicht eindeutig ist.⁶ Insbesondere kann gut argumentiert werden, dass die Entwicklung zu höherem Wohlstand die Anschaffung von Konsumgütern wie Fernsehgeräte, Radios und PCs ermöglicht. Die Ausweitung eines Dienstleistungssektors für die Mittelklasse in entwickelten Wirtschaftssystemen ist mit höherem Wohlstand und wachsender Freizeit verbunden, die beide eng mit der Mediennutzung zusammenhängen. Die Nutzung von Zeitungen und besonders des Internets erfordern kognitive Fähigkeiten, die eng an Bildung und Lesefähigkeit gebunden sind. Trotz dieser Interaktionsprozesse bleiben die konsistenten und starken Beziehungen über alle Indikatoren für Gutes Regieren und Wohlstand hinweg auffällig.

6 Multivariate OLS-Regressionen wurden gerechnet, einschließlich einer Regression des Kommunikationsindex und des logarithmisierten Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts auf die Indikatoren für Regierungsqualität und Fortschritt, aber die Multikollinearitätsstatistik (Toleranz und Variance Inflation Factor) zeigt, dass die Ergebnisse mit Vorsicht zu behandeln sind, da es starke lineare Zusammenhänge zwischen den unabhängigen Variablen gibt.

Tabelle 2: Korrelationen zwischen Medienfaktoren und Fortschrittsfaktoren für menschliche Entwicklung*

		Pressefreiheit	Zugang zu den Medien	Kommunikationsindex
Human Development Index (Zusammenfassung aller im folgenden aufgeführten Einzel- indikatoren)	R	.519	.879	.801
	Sig.	.000	.000	.000
	N	167	127	128
Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt	R	.508	.752	.793
	Sig.	.000	.000	.000
	N	167	127	128
Gleichgewichtige Einkommensverteilung	R	.246	.401	.403
	Sig.	.009	.000	.000
	N	113	101	101
Geringere Säuglingssterblichkeit	R	.405	.813	.670
	Sig.	.000	.000	.000
	N	142	129	130
Öffentliche Gesundheitsausgaben	R	.475	.604	.659
	Sig.	.000	.000	.000
	N	140	127	128
Lebenserwartung	R	.464	.803	.700
	Sig.	.000	.000	.000
	N	168	127	128
Anteil lesekundiger Erwachsener	R	.404	.776	.673
	Sig.	.000	.000	.000
	N	167	127	128
Anteil von Personen mit mittlerer oder höherer Schulbildung	R	.459	.766	.731
	Sig.	.000	.000	.000
	N	125	100	101

*: Siehe Technischen Anhang für nähere Erläuterungen.

Tabelle 3: Mittlere Indexwerte für gute Staatsführung („Good Governance“) in verschiedenen Typen von Mediensystemen*

Typ des Mediensystems	Anzahl Länder (N)	Politische Stabilität	Verlässlichkeit des Rechts	Effizienz der Verwaltung	Korruptionsniveau
-----------------------	-------------------	-----------------------	----------------------------	--------------------------	-------------------

Begrenzter Zugang zu unfreier Presse	59	-.65	-.63	-.65	-.60
Begrenzter Zugang zu freier Presse	22	-.28	-.16	-.22	-.34
Weitverbreiteter Zugang zu unfreier Presse	17	-.09	.02	-.11	-.22
Weitverbreiteter Zugang zu freier Presse	53	.74	.80	.73	.80

*: Siehe Technischen Anhang für nähere Erläuterungen.

*Tabelle 4: Mittlere Indexpunkte für menschliche Entwicklung (Human Development) in verschiedenen Typen von Mediensystemen**

Typ des Mediensystems	Anzahl Länder (N)	Human Development Index	Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt	Gleichgewichtige Einkommensverteilung	Säuglingssterblichkeit	öffentliche Gesundheitsausgaben	Anteil lesekundiger Erwachsener	Anteil von Personen mit mittlerer oder höherer Schulbildung
Begrenzter Zugang zu unfreier Presse	68	.560	3208	42.1	67.5	2.1	66.3	52.2
Begrenzter Zugang zu freier Presse	31	.619	3621	47.0	64.6	2.9	71.0	53.1
Weitverbreiteter Zugang zu unfreier Presse	17	.759	7919	40.2	16.2	4.1	89.3	70.3
Weitverbreiteter Zugang zu freier Presse	52	.843	14278	34.8	11.7	4.8	95.7	83.2
Total	167	.678	7183	39.7	42.1	3.4	78.5	65.6

*: Siehe Technischen Anhang für nähere Erläuterungen.

Schaubild 4: Kommunikationsindex und Indikatoren für menschliche Entwicklung

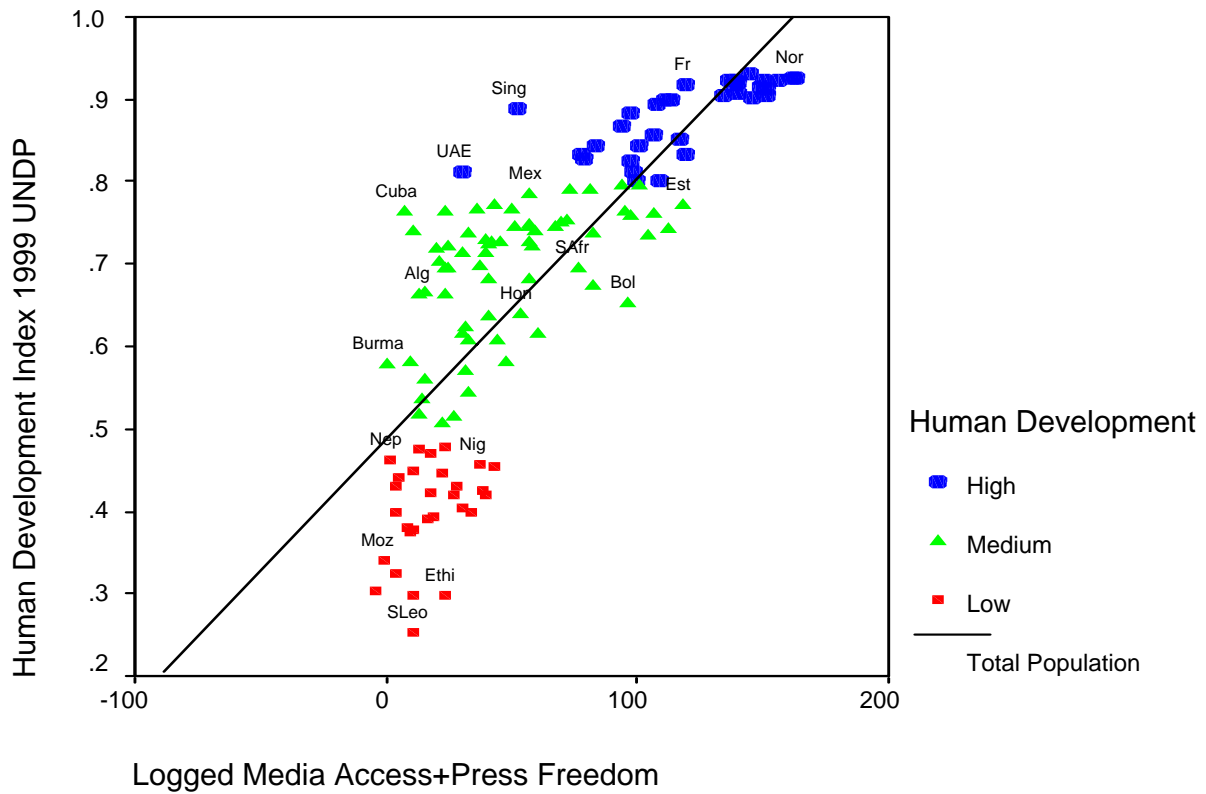


Schaubild 4: Kommunikationsindex und Indikatoren für menschliche Entwicklung (Fortsetzung)

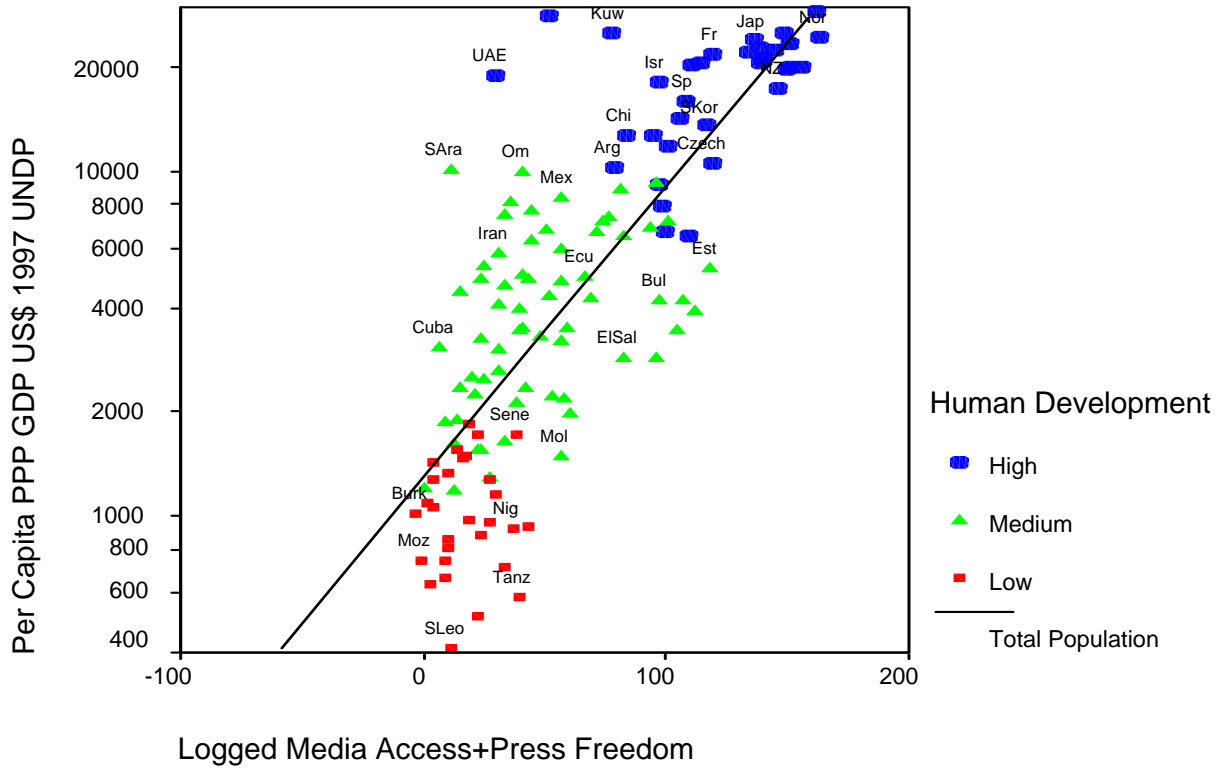


Schaubild 4: Kommunikationsindex und Indikatoren für menschliche Entwicklung (Fortsetzung)

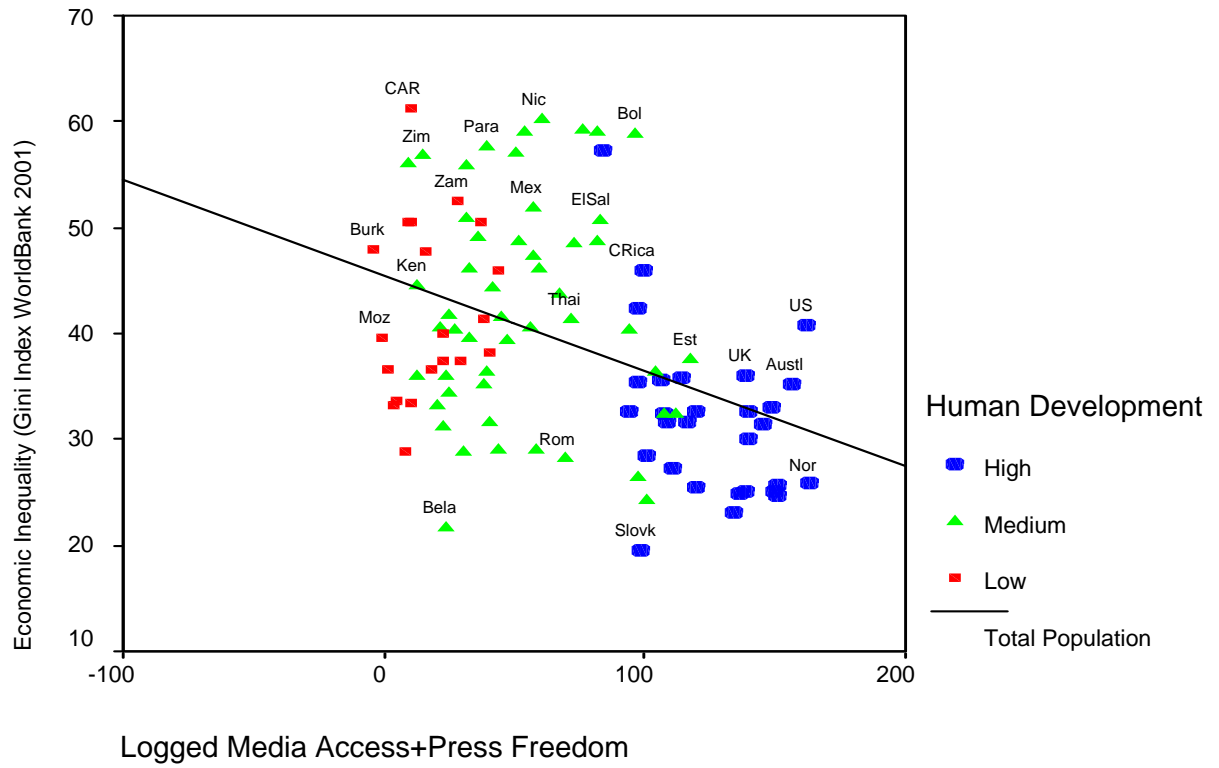


Schaubild 4: Kommunikationsindex und Indikatoren für menschliche Entwicklung (Fortsetzung)

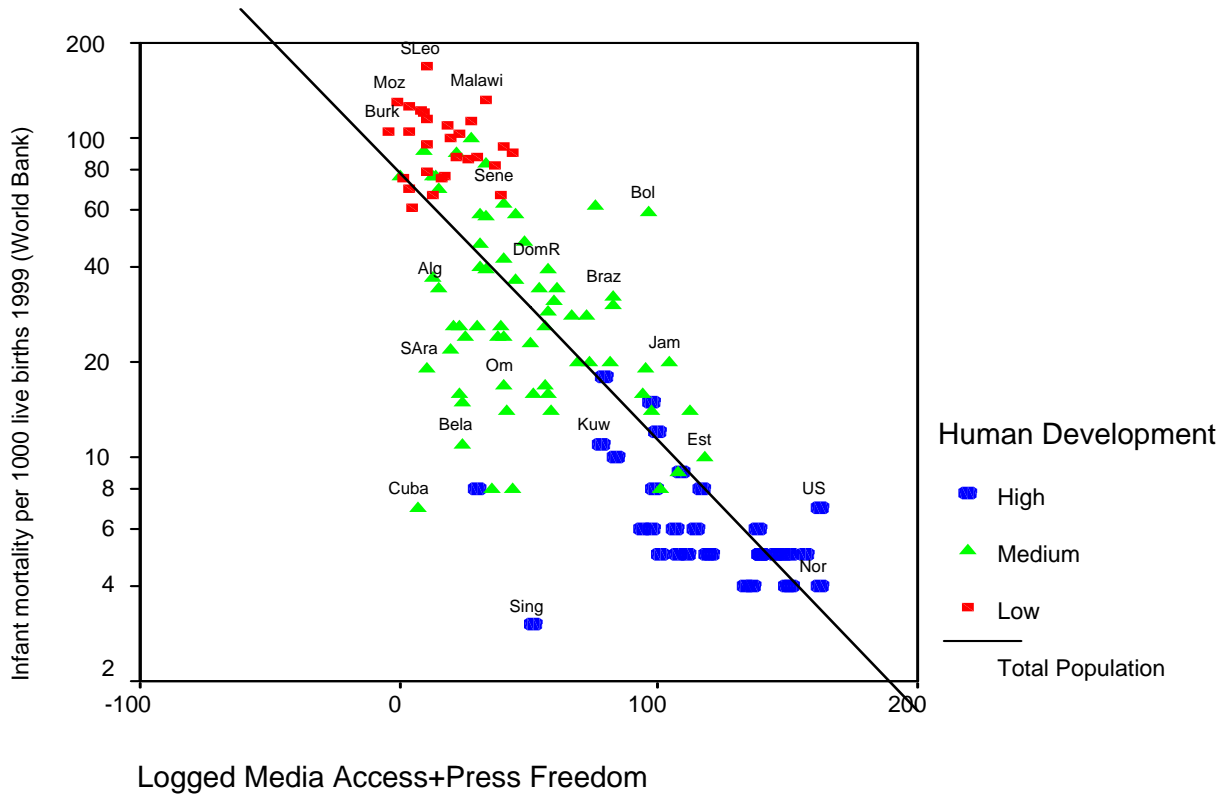


Schaubild 4: Kommunikationsindex und Indikatoren für menschliche Entwicklung (Fortsetzung)

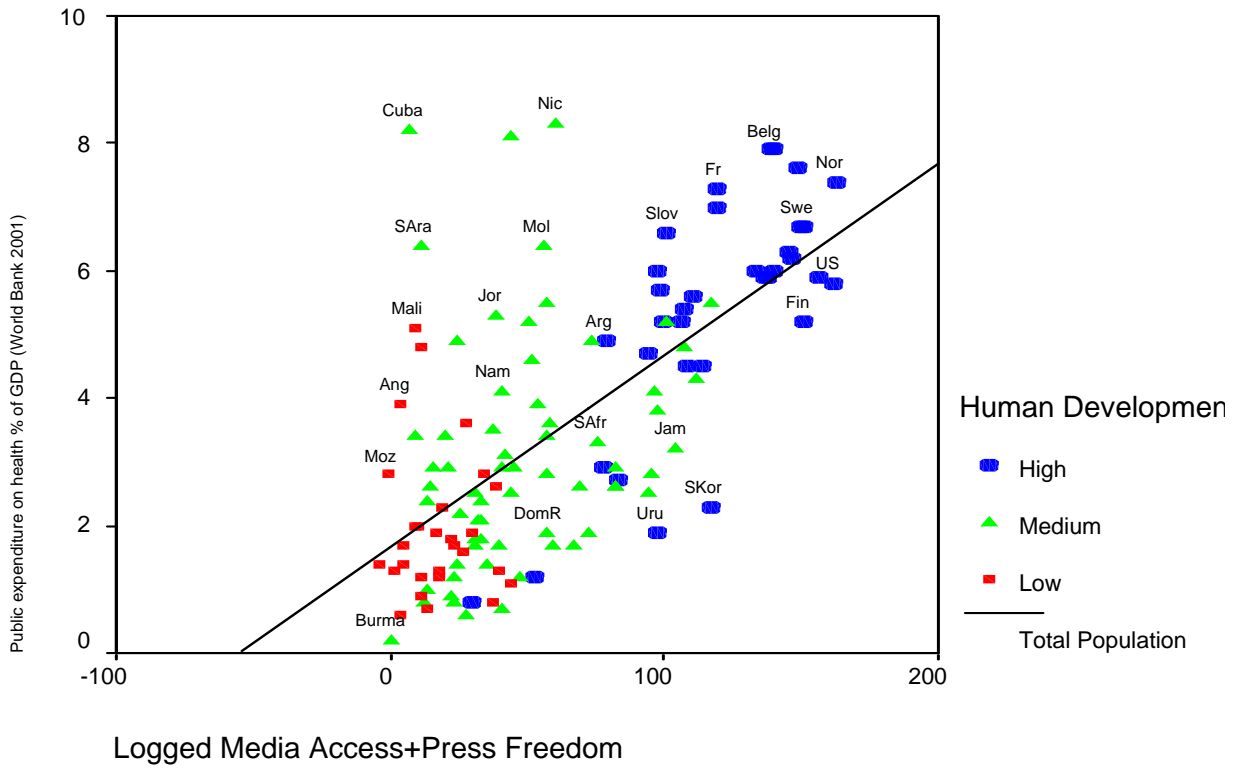


Schaubild 4: Kommunikationsindex und Indikatoren für menschliche Entwicklung (Fortsetzung)

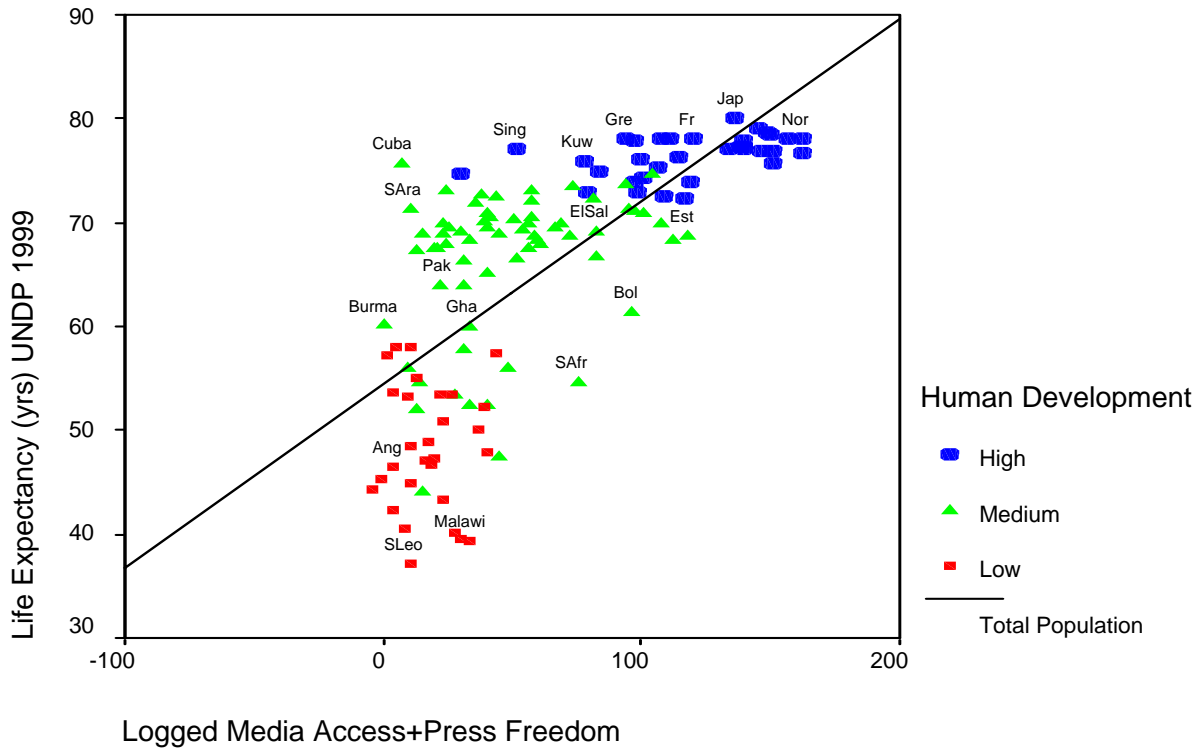


Schaubild 4: Kommunikationsindex und Indikatoren für menschliche Entwicklung (Fortsetzung)

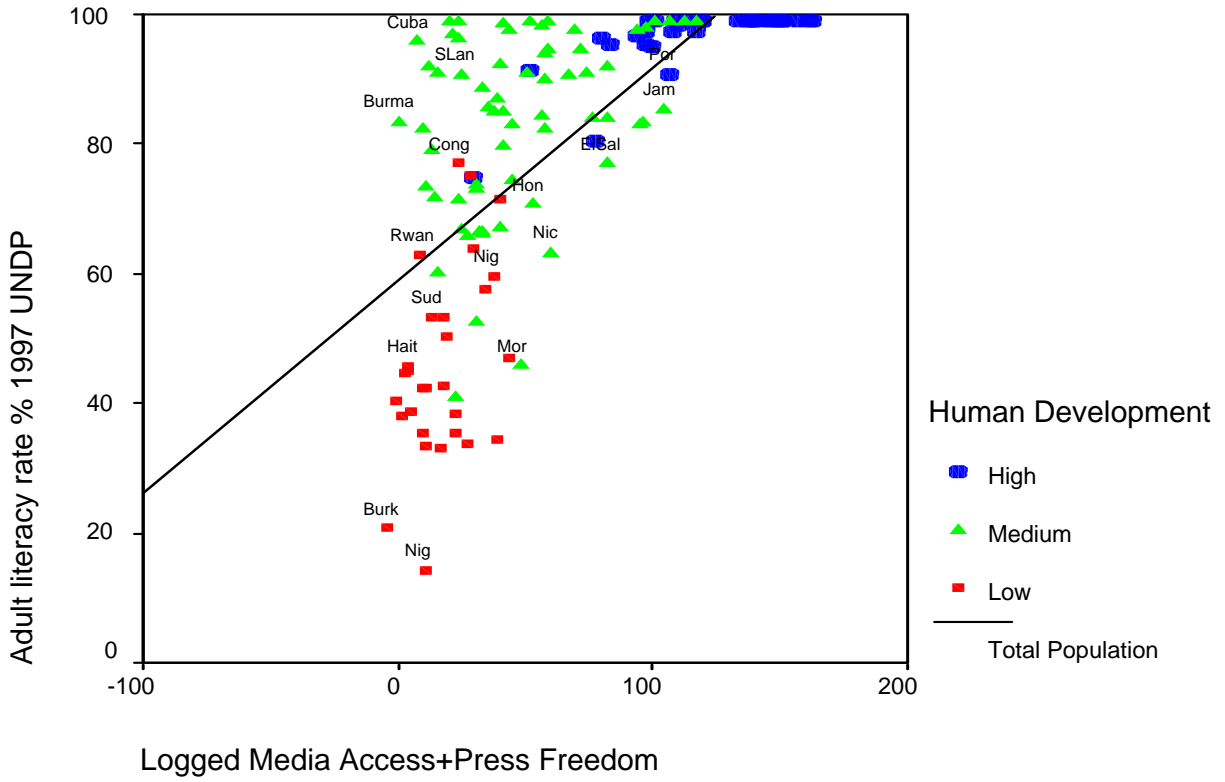
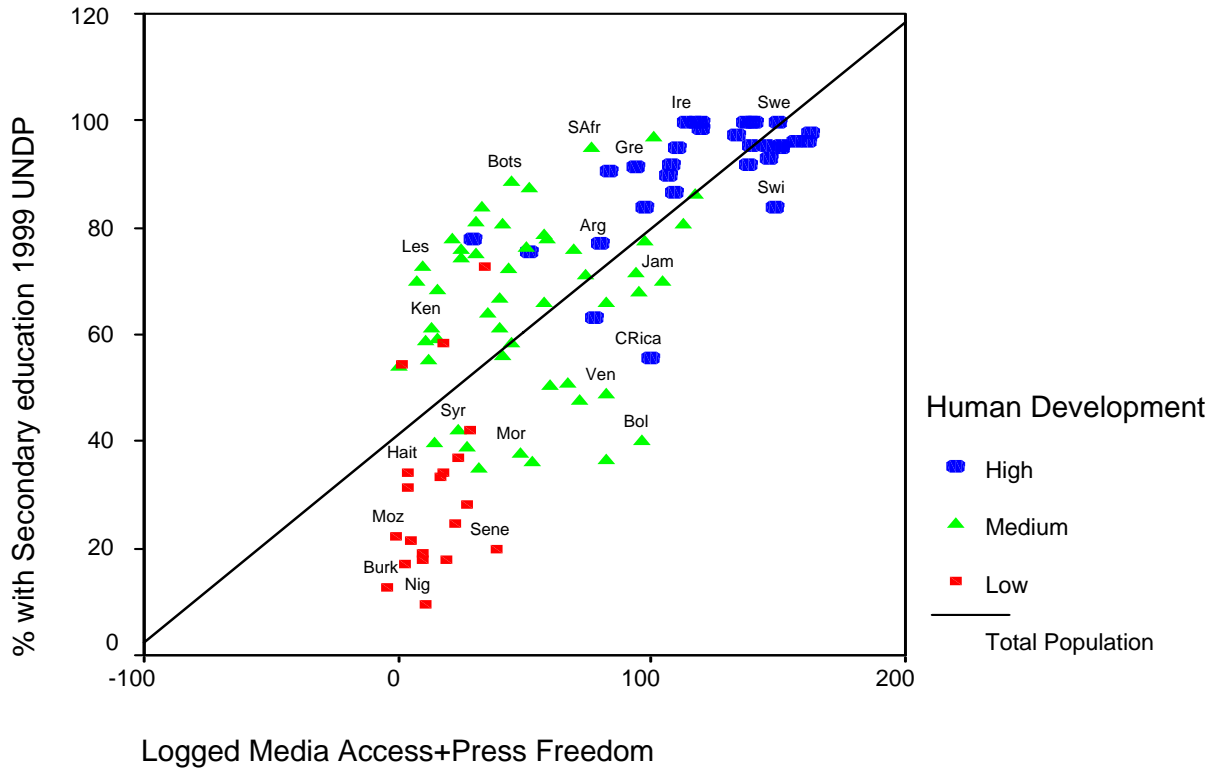


Schaubild 4: Kommunikationsindex und Indikatoren für menschliche Entwicklung (Fortsetzung)



Tabellen 3 und 4 stellen die Beziehung zwischen der Typologie der Mediensysteme und diesen Indikatoren für „Good Governance“ und „Human Development“ dar. Die Ergebnisse bestätigen, dass die 52 Länder mit weitreichendem Zugang zu einer freien Presse deutlich höhere Werte für alle Indikatoren erzielten als alle anderen Mediensysteme: Die Menschen in diesen Gesellschaften erfreuen sich stabilerer politischer Systeme, effizienterer Regierungstätigkeit und leiden weniger unter Korruption. Sie leben auch länger, sind wohlhabender und genießen eine gleichgewichtigere Einkommensverteilung. In deutlichem Kontrast dazu stehen Länder, in denen eine unabhängige Presse und breite Medienzugangsmöglichkeiten fehlen: Sie erzielten durchgängig die schlechtesten Werte über alle Indikatoren hinweg. Das bedeutet: Die Medien machen etwas aus. Sie haben eine Bedeutung nicht nur hinsichtlich ihrer spezifischen Funktion sondern auch in Hinblick auf wirtschaftliche, politische und menschliche Entwicklung.

5 Schlussfolgerungen: Kanäle der Teilhabe und Verantwortlichkeit stärken

Als Schlussfolgerung legt diese Untersuchung nahe, dass die Stärkung der Kommunikationskanäle für den Fortschritt von Demokratie und Wohlstand lebenswichtig ist, dies gilt insbesondere für jene Wahldemokratien, die leistungsfähige politische und wirtschaftliche Institutionen errichten wollen. Es wird allgemein angenommen, dass eine freie Presse notwendig für die soziale und politische Entwicklung ist, obwohl diese Behauptung selten systematisch überprüft wurde. Da viele Untersuchungen in wohlhabenden Gesellschaften durchgeführt wurden, wo Zeitungen und Fernsehen leicht zugänglich sind, wird die grundlegende Frage des Zugangs zu den Massenmedien nur selten explizit mit der Frage verbunden, welche Rolle die Medien in der Demokratie spielen. Die Ergebnisse zeigen, dass Gesellschaften, die sowohl durch Pressefreiheit wie auch durch weit verbreiteten Zugang zu den Massenmedien gekennzeichnet sind, auch zahlreiche Charakteristika des Guten Regierens und positiver Wohlfahrtsentwicklung aufweisen. Das legt nahe, dass eine freie Presse den Minderheiten und Unterprivilegierten eine bedeutsame Stimme im politischen Entscheidungsprozess verleiht und die Rechenschaftspflicht und Verantwortungsbereitschaft der Regierung gegenüber den Regierten erhöht. Liberale Staatstheorien, die nur auf die Bedingungen eines unabhängigen Journalismus abheben, ohne die Probleme des begrenzten Medienzugangs einzubeziehen, betrachten nur eine Seite der Medaille.

Der international vergleichende Ansatz dieser Studie zeigt, dass die Beschränkungen isolierter Fallstudien über einzelne Länder oder homogener Vergleiche geographisch zusammen liegender Länder überwunden werden können. Dabei ist es notwendig, in Mehr-Methoden-Designs die Stärken und Schwächen der verschiedenen Ansätze zu kombinieren bzw. auszugleichen. Zum Beispiel wäre es möglich, die einfachen Korrelationsanalysen dieser Untersuchung zu echten Kausalanalysen weiterzuführen, indem die hier spezifizierten Zusammenhänge mit historisch-qualitativen Fallstudien systematisch vertieft würden. Andere Methoden wie Interviews mit Medien- oder Politik-Eliten könnten alternative Einsichten in diesen Prozess gewähren, etwa inwieweit Journalisten sich als Wächter sehen. Systematische Inhaltsanalysen könnten Muster der Nachrichtengebung sichtbar machen, etwa in der Berichterstattung über Machtmissbrauch oder Korruption. Umfragen könnten Licht auf Rezeptionsmuster und den Einfluss der Nachrichtenberichterstattung auf politische Einstellungen und Werte werfen. Keine Methode ist allein betrachtet voll zufrieden stellend. Das Ende des Kalten Krieges und die dramatischen Veränderungen in der Wohlfahrtsentwicklung in den letzten Jahrzehnten haben die alte Dreiteilung in post-industrielle, post-kommunistische und sich entwickelnde Gesellschaften, ebenso wie die Dreiteilung in etablierte Demokratien, sich festigende Demokratien und undemokratische Regime, überholt. Der Prozess der Globalisierung und der Aufstieg der neuen Informationstechnologien haben aber auch den Forschungsgegenstand vergleichenden politischen Kommunikation verändert. Üblicherweise trampeln wir auf dem bequemen Pfad weiter, die Massenmedien innerhalb getrennter Nationalstaaten zu

untersuchen, obwohl die alten Grenzen von der elektronischen Revolution längst überwunden werden (siehe Norris 2002). Die analytischen Konzepte zum Studium der politischen Kommunikation müssen revidiert und ergänzt werden, um diesen Entwicklungen gerecht zu werden. Die Entwicklung und Analyse einer Typologie von Mediensystemen, die sich auf Aggregatdaten in vielen unterschiedlichen Ländern weltweit stützt, ist eine weitere Forschungsstrategie, die in den Werkzeugkasten der vergleichenden Ansätze gehört.

Literaturverzeichnis

- ACE Project: <http://www.aceproject.org/main/english/me/mea01b.htm>.
- Almond, Gabriel A./Powell, G. Bingham Jr. (1992): *Comparative Politics Today: A World View*. NY: Harper Collins Publishers.
- Asante, Clement E. (1997): *Press Freedom and Development: A Research Guide and Selected Bibliography*. Westport, Conn: Greenwood Press.
- Bagdikian, Ben (1997): *The Media Monopoly*. Boston, MA: Beacon Press.
- Besley, Timothy/Burgess, Robin (2001): *Political Agency, Government Responsiveness and the Role of the Media*. In: *European Economic Review*, 45, S. 629-640.
- Bogart, Leo (1995): *Commercial Culture. The Media System and the Public Interest*. New York: Transaction.
- Dahlgren, Peter (1995): *Television and the Public Sphere*. London: Sage.
- Dahlgren, Peter/Sparks, Colin (1995): *Communication and Citizenship*. London: Routledge.
- Diamond, Larry (2001): *Consolidating Democracies*. In: LeDuc, Lawrence/Niemi, Richard G./Norris, Pippa (Hrsg.): *Comparing Democracies 2: Elections and Voting in Global Perspective*. London: Sage.
- Djankov, Simeon/McLiesh, Caralee/Nenova, Tatiana/Shleifer, Andrei (2001): ‚Who Owns the Media?’ Paper presented at the World Bank meeting ‘The Role of the Media in Development’. April.
- Donohue, George A./Tichenor, Philip (1995): *A Guard Dog Perspective on the Role of the Media*. In: *Journal of Communication*, 45, 2, S. 115-128.
- E+Z (2000). *Die Entstehung des Governance-Konzepts bei Weltbank und UN*. In: *E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 10 (Oktober), 272-274.
- E+Z (2001). *Human Development Report 2001: Ohne Technologie keine Entwicklung*. In: *E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 9 (September), 275.
- Freedom House (2000): *Freedom in the World 2000-2001*. www.freedomhouse.org.
- Gunter, Richard/Mughan, Anthony (2000): *Democracy and the Media: A Comparative Perspective*. NY: Cambridge University Press.
- Hachten, William A. (1989): *Media Development without Press Freedom - Lee Kuan Yew's Singapore*. In: *Journalism Quarterly*, 66, S. 822-827.
- Human Rights Watch: <http://www.hrw.org/>.
- Huntington, Samuel (1993): *The Third Wave*. Oklahoma: The University of Oklahoma Press.
- Hur, K. Kyloon (1984): *A Critical Analysis of International News Flow Research*. In: *Critical Studies in Mass Communication*, 1, S. 365-378.
- Index on Censorship: <http://www.indexoncensorship.org>.
- Inglehart, Louis Edward (1998): *Press and Speech Freedoms in the World, from Antiquity until 1998: A Chronology*. Westport, CT: Greenwood Press.
- International Federation of Journalists: <http://www.ifj.org>.
- International Press Institute: <http://www.freemedia.at>.

- Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C. (2001): *The Internet and State Control in Authoritarian Regimes: China, Cuba and the Counterrevolution*. Global Policy Program No 21. Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Kaufman, Daniel/Kraay, Aart/Zoido-Lobaton, Pablo (1999): *Governance Matters*. World Bank Policy Research Paper 2196. Washington DC: World Bank. www.worldbank.org.
- Köcher, Renate (1986): *Bloodhounds or Missionaries: Role Definitions of German and British Journalists*. In: *European Journal of Communication*, 1, S. 43-64.
- Lagos, Marta (2001): *Between Stability and Crisis in Latin America*. In: *Journal of Democracy*, 12, 1, S. 137-145.
- Lerner, Daniel (1958): *The Passing of Traditional Society*. Glencoe, IL: The Free Press.
- Linz, Juan/Stephan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation*. Washington DC: Johns Hopkins Press.
- Lipset, Seymour Martin (1959): *Some Social Prerequisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*. In: *American Political Science Review*, 53, S. 69-105.
- Lipset, Seymour Martin (1990): *Continental Divide: The Values and Institutions of Canada and the United States*. New York: Routledge.
- Lipset, Seymour Martin (1996): *American Exceptionalism: A Double Edged Sword*. New York: W.W. Norton;
- Lupia, Arthur/McCubbins, Matthew D. (1998): *The Democratic Dilemma*. Cambridge: Cambridge University Press.
- McChesney, Robert (1999): *Rich Media, Poor Democracy: Communication Politics in Dubious Times*. Urbana, IL: University of Illinois Press.
- McCrone, Donald J./Cnudde, Charles F. (1967): *Toward a Communication theory of Democratic Political Development: A Causal model*. In: *American Political Science Review*, 61, S. 72-79.
- McQuail, Denis (2000): *Mass Communication Theory*. 4th edition. London: Sage.
- Mowlana, Hamid (1985): *International Flow of Information: A Global Report and Analysis*. Paris: UNESCO.
- Norris, Pippa (Hrsg.) (1999): *Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Norris, Pippa (2000): *A Virtuous Circle: Political Communications in Post-Industrial Societies*. New York: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa (2001): *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty and the Internet Worldwide*. NY: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa (2002): *Democratic Phoenix: Political Activism Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Østergaard, Bernt Stubbe (Hrsg.) (1992): *The Media in Western Europe*. London: Sage.
- OSZE: *Report by the Organization for Security and Cooperation in Europe on the October 2000 parliamentary elections in Belarus*. Available at http://www.osce.org/odihr/documents/reports/election_reports/by/bel2000fin.pdf.
- Pharr, Susan/Putnam, Robert (Hrsg.) (2000): *Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries?* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Picard, Robert G. (1988): *Press Concentration and Monopoly: New Perspectives on Newspaper Ownership and Operation*. Norwood, NJ: Ablex Publishing Corp.
- Plattner, Marc/Diamond, Larry (2001): *High Anxiety in the Andes*. In: *Journal of Democracy*, 12, 2 (Sonderheft), S. 5.
- Preston, William/Herman, Edwards S./Schiller, Herbert I. (1989): *Hope and Folly: The United States and UNESCO 1945-1985*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Przeworski, Adam/Teune, Henry (1970): *The Logic of Comparative Social Inquiry*. NY: Wiley-Interscience.

- Pye, Lucian W. (1963): *Communications and Political Development*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Rodan, Garry (1998): *Asia and the International Press: The Political Significance of Expanding Markets*. In: *Democratization*, 5, S. 125-54.
- Sanchez-Tabernero, Alfonso (1993): *Media Concentration in Europe: Commercial Enterprises and the Public Interest*. London: John Libbey.
- Sen, Amartya (1999): *Development as Freedom*. New York: Anchor Books.
- Shah, Hemant (1996): *Modernization, Marginalization and Emancipation: Toward a Normative Model of Journalism and National Development*. In: *Communication Theory*, 6, 2, S. 143-166.
- Siebert, Fred S./Peterson, Theodore/Schramm, Wilbur (1984, zuerst 1956): *Four Theories of the Press*. Urbana, Illinois: University of Illinois Press.
- Smith, Anthony (1991): *The Age of Behemoths: The Globalization of Mass Media Firms*. New York: Priority Press.
- Sreberny-Mohammadi, Annabelle u.a. (1984): *Foreign News in the Media: International Reporting in Twenty-Nine Countries*. *Reports and Papers on Mass Communication*, 93. Paris: UNESCO.
- Stevenson, Robert L./Shaw, Donald Lewis (Hrsg.) (1984): *Foreign News and the New World Information Order*. Ames, Iowa: Iowa State University Press.
- Sussman, Leonard R. (2000): *Censor Dot Gov: The Internet and Press Freedom*. In: *Press Freedom Survey 2000*. Washington DC: Freedom House. www.freedomhouse.com.
- Sussman, Leonard R. (2001): *Press Freedom in Our Genes*. Reston, VA: World Press Freedom Committee.
- Swanson, David L./Mancini, Paolo (Hrsg.) (1996): *Politics, Media and Modern Democracy*. Westport, CT: Praeger.
- Tunstall, Jeremy/Palmer, Michael (1991): *Media Moguls*. London: Routledge.
- Wolfenson, James D. (1999): *Voices of the Poor*. In: *Washington Post*, 10, November 1999, A39.
- World Press Freedom Council: www.wpfc.org.

6 Technischer Anhang

Definitionen und Quellenangaben für die in Text, Tabellen und Schaubildern dieses Beitrags verwendeten Fachtermini:

Variablen für Medienindikatoren

Zeitungen	Auflage der Tageszeitungen (mindestens 4 Ausgaben pro Woche) pro 1.000 Einwohner (1996), UNESCO Statistical Yearbook 1999
Fernsehgeräte	Benutzte Geräte pro 1.000 Einwohner (1999). International Telecommunications Union World Telecommunications Indicators Database 2000.
Radio	Benutzte Empfänger pro 1.000 Einwohner (1997). International Telecommunications Union World Telecommunications Indicators Database 2000.
Online-Nutzer	Anteil an der erwachsenen Bevölkerung, auf der Grundlage von nationalen Befragungen zur Nutzung von Email oder World Wide Web. Zahlen stammen aus den jüngsten Befragungen, die im Herbst 2000 verfügbar waren, siehe: www.nua.ie .
Internetdienst-anbieter	Computer mit aktiver Internet Protocol (IP) Adresse pro 100 Einwohner (Juli 2000), siehe: www.Netcraft.com . Anbieter ohne Landescode wurden gewichtet verteilt, siehe Norris (2001).
Pressefreiheit	Die Vielfalt des Nachrichteninhalts wurde 2000 im Freedom House Annual Survey of Press Freedom gemessen, und zwar nach der Struktur der Nachrichtenbranche, gesetzlichen und administrativen Entscheidungen, dem Ausmaß politischer Einflussnahme bzw. Steuerung, wirtschaftlicher Einflussnahme durch Staat oder private Unternehmer und tatsächliche Verletzungen der Unabhängigkeit der Presse, u. a. Zensur, Nachstellungen und Bedrohungen von Journalisten. Die 100-Stufen-Skala kombiniert die Werte für Presse und Rundfunk und wurde umgepolt, damit höhere Werte größere Freiheit anzeigen; siehe: www.FreedomHouse.org
Medienzugang:	Zusammengefasste logarithmisierte standardisierte Skala der Verbreitung von Zeitungen, Fernsehgeräten, Radiogeräten, des Anteils der online-Nutzer und der Internet-Anbieter.
Kommunikations-index	Kombination der Zugangs- und der Pressefreiheits-Skalen.

Indikatoren für Wohlfahrtsentwicklung (Human Development)

Human Development	Der Human Development Index (1998) basiert auf der Lebenserwartung bei der Geburt, dem Bildungsniveau und dem Lebensstandard, gemessen durch den Pro-Kopf-Anteil am Bruttosozialprodukt in US-Dollar. UNDP Human Development Report 2000.
Pro-Kopf-	Gemessen in Kaufkraftäquivalenten in US-Dollar. UNDP

Bruttosozialprodukt	Human Development Report 2000.
Gleichmaß der Einkommensverteilung:	Der Gini Index misst das Ausmaß der Abweichung der Einkommensverteilung eines Landes von einer vollständigen Gleichverteilung. Der Index wurde umgepolt, damit 1 für vollständige Gleichheit steht. World Development Indicators 2001 World Bank.
Säuglingssterblichkeit	Zahl der Kindestode im ersten Lebensjahr pro 1.000 Lebendgeburten (1999). Der Indikator wurde umgepolt, damit eine höhere Zahl geringere Sterblichkeit anzeigt. World Development Indicators 2001 World Bank
Öffentliche Gesundheitsausgaben	Aufwendungen und Investitionen aus öffentlichen Haushalten, Krediten und Spenden als Anteil am Bruttosozialprodukt (1997-99). World Development Indicators 2001 World Bank.
Lebenserwartung	Bei der Geburt in Jahren (1995-2000). UNDP Human Development Report 2000.
Lesekundige Erwachsene	Anteil an der Erwachsenenbevölkerung, 15 Jahre und älter (1998). UNDP Human Development Report 2000.
Mittlere und höhere Schulbildung	Schülerzahlen als Anteil der entsprechenden Altersgruppe (1997). UNDP Human Development Report 2000.

Indikatoren für Gutes Regieren („Good Governance“)

Politische Stabilität	Aggregatmaß auf der Grundlage von Expertenurteilen nach Kaufman u.a. 1999.
Herrschaft des Rechts	dto.
Effizienz der Verwaltung	dto.
Korruption	dto.

Tabelle A1: Messung der Pressefreiheit, des Zugangs zu den Medien und Kommunikationsindex

	Land	Presse-freiheit 2000 (i)	Zeitungen pro 1000 Einwohner 1996 (ii)	Radios pro 1000 Einwohner 1997 (iii)	TV Geräte pro 1000 Einwohner 1999 (iv)	Anteile der Online- Nutzer (%) 2000 (v)	Medien-zugang (ii to v)	Kommuni-kations- index (Freiheit + Zugang)
1	Afghanistan	10
2	Albania	44	36	217	113	.0	7	37.8
3	Algeria	17	38	241	107	.0	8	15.1
4	Angola	20	11	54	15	.1	2	4.1
5	Antigua and Barbuda	54	.	.	.	4.3	.	.
6	Argentina	59	123	681	293	1.0	22	79.4
7	Armenia	43	23	224	238	.1	9	41.7
8	Australia	90	293	1376	706	37.4	55	156.5
9	Austria	88	296	753	516	5.5	33	133.7
10	Azerbaijan	30	27	23	254	.0	6	23.5
11	Bahrain	25	.	.	.	5.4	.	.
12	Bangladesh	40	9	50	7	.0	1	4.6
13	Barbados	84	.	.	.	1.9	.	.
14	Belarus	20	174	296	322	.1	16	23.9
15	Belgium	91	160	793	523	19.8	34	139.2
16	Belize	75	.	.	.	4.3	.	.
17	Benin	70	2	108	11	.1	2	26.9
18	Bhutan	24
19	Bolivia	78	55	675	118	.1	17	95.9
20	Bosnia & Herzegovina	44	152	248	112	.0	9	41.6
21	Botswana	72	27	156	20	.2	4	44.3
22	Brazil	67	40	444	333	4.1	17	82.2
23	Brunei	26	.	.	.	3.1	.	.
24	Bulgaria	70	257	543	408	1.8	24	97.0
25	Burkina Faso	60	1	33	11	.0	1	-3.8
26	Burundi	17	3	71	15	.0	2	3.3
27	Cambodia	39	2	127	9	.0	5	27.4
28	Cameroon	23	7	163	34	.0	4	14.0
29	Canada	86	159	1077	715	41.9	49	145.0
30	Cape Verde	680	.	.
31	Central African Rep.	40	2	83	6	.0	2	10.2
32	Chad	28	0	242	1	.0	5	19.2
33	Chile	73	98	354	240	1.0	14	83.5
34	China	20	.	333	292	.7	.	.
35	Colombia	41	46	581	199	.9	17	50.5
36	Comoros	601	.	.
37	Congo, Dem. Rep.	23	8	375	2	.1	10	23.4
38	Costa Rica	84	94	271	229	.8	15	99.4
39	Cote D'Ivoire	26	17	164	70	.04	5	18.2
40	Croatia	37	115	336	279	2.22	15	43.5
41	Cuba	6	118	353	246	.22	14	6.9
42	Cyprus	84	.	.	.	4.35	.	.
43	Czech Republic	80	254	803	487	2.83	31	119.2
44	Denmark	91	309	1141	621	20.75	46	151.4
45	Djibouti	3715	.	.
46	Dominica	8431	.	.
47	Dominican Republic	70	52	178	96	.24	7	57.2
48	Ecuador	56	70	419	205	.04	16	66.9

	Land	Presse-freiheit 2000 (i)	Zeitungen pro 1000 Einwohner 1996 (ii)	Radios pro 1000 Einwohner 1997 (iii)	TV Geräte pro 1000 Einwohner 1999 (iv)	Anteile der Online- Nutzer (%) 2000 (v)	Medien-zugang (ii to v)	Kommuni-kations- index (Freiheit + Zugang)
49	Egypt	31	40	324	183	.62	10	30.8
50	El Salvador	60	48	464	191	.50	24	82.6
51	Equatorial Guinea	2201	.	.
52	Eritrea	32	.	91	16	.03	.	.
53	Estonia	80	174	693	555	10.86	30	117.6
54	Ethiopia	38	1	195	6	.01	4	23.0
55	Fiji	4263	.	.
56	Finland	85	455	1496	643	28.04	60	151.1
57	France	76	218	937	623	10.60	38	119.6
58	Gabon	45	29	183	251	.27	5	32.9
59	Gambia	30	2	169	3	.04	4	16.3
60	Georgia	53	.	555	474	.09	.	.
61	Germany	87	311	948	580	14.97	40	139.6
62	Ghana	39	13	238	115	.08	7	33.0
63	Greece	70	153	477	480	1.05	22	94.3
64	Grenada	80	.	.	.	2.00	.	.
65	Guatemala	46	33	79	61	.46	5	31.6
66	Guinea-Bissau	44	5	44	.	.04	.	.
67	Guinea	29	.	47	44	.22	.	.
68	Haiti	42	3	55	5	.03	1	4.3
69	Hondurus	52	55	386	95	.27	11	53.5
70	Hungary	70	186	689	448	4.96	27	100.7
71	Iceland	88	.	.	.	40.36	.	.
72	India	58	.	121	75	.08	.	.
73	Indonesia	51	24	156	143	.04	6	40.9
74	Iran	32	28	265	157	.15	9	30.6
75	Iraq	2	19	229	83	.	.	.
76	Ireland	79	150	699	406	12.00	28	114.0
77	Israel	70	290	520	328	10.17	25	97.5
78	Italy	73	104	878	488	15.68	33	110.6
79	Jamaica	89	62	480	189	1.97	15	104.4
80	Japan	81	578	955	719	15.48	48	136.4
81	Jordon	43	58	287	83	.82	8	39.1
82	Kazakhstan	32	.	384	238	.12	.	.
83	Kenya	30	9	104	22	.16	3	13.0
84	Kiribati	8338	.	.
85	Korea, Republic Of	73	393	1033	361	21.88	40	116.9
86	Kuwait	52	374	660	480	3.69	31	77.6
87	Kyrgyzstan	39	15	112	57	.05	3	21.0
88	Laos	34	4	143	10	.	.	.
89	Latvia	76	247	710	741	4.07	30	112.2
90	Lebanon	39	107	906	351	4.26	28	56.5
91	Lesotho	44	8	49	16	.03	2	9.5
92	Liberia	3301	.	.
93	Libya Arab Jamahiriyy	10	14	233	136	.	.	.
94	Lithuania	80	93	513	420	2.16	22	107.1
95	Luxembourg	90	.	.	.	11.90	.	.
96	Macedonia	58	21	200	250	1.00	10	57.1
97	Madagascar	68	5	192	22	.03	4	43.5
98	Malawi	48	3	249	3	.06	5	33.9
99	Malaysia	30	158	420	174	2.86	15	35.7
100	Maldives	3554	.	.
101	Mali	74	1	54	12	.01	1	9.5
102	Malta	83	.	.	.	5.26	.	.
103	Marshall Islands	92

	Land	Presse-freiheit 2000 (i)	Zeitungen pro 1000 Einwohner 1996 (ii)	Radios pro 1000 Einwohner 1997 (iii)	TV Geräte pro 1000 Einwohner 1999 (iv)	Anteile der Online- Nutzer (%) 2000 (v)	Medien-zugang (ii to v)	Kommuni-kations- index (Freiheit + Zugang)
104	Mauritania	33	0	151	96	.01	5	22.6
105	Mauritius	83	75	368	230	3.55	14	95.4
106	Mexico	50	97	325	267	.95	14	57.2
107	Micronesia, Fed Stat	7691	.	.
108	Moldova	42	60	740	297	.08	22	56.3
109	Mongolia	71	27	151	61	.05	5	48.6
110	Morocco	51	26	241	165	.45	9	47.7
111	Mozambique	52	3	40	5	.07	1	-.6
112	Myanmar	0	10	95	7	.	.	.0
113	Namibia	66	19	144	38	.56	4	40.7
114	Nepal	41	11	38	7	.06	1	1.9
115	Netherlands	86	306	978	600	24.36	42	139.9
116	New Zealand	92	216	990	518	14.77	39	146.0
117	Nicaragua	60	30	285	69	.34	10	60.4
118	Niger	38	0	69	27	.01	2	10.8
119	Nigeria	47	24	223	68	.01	6	37.4
120	Norway	95	588	915	648	41.59	52	162.8
121	Oman	29	29	598	575	1.74	25	40.4
122	Pakistan	36	23	98	119	.04	4	22.4
123	Panama Canal Zone	70	62	299	192	1.08	11	73.4
124	Papua New Guinea	72	15	97	13	.00	3	31.3
125	Paraguay	49	43	182	205	.02	7	39.9
126	Peru	33	84	273	147	.08	10	33.1
127	Philippines	70	79	159	110	.45	7	59.2
128	Poland	81	113	523	387	5.17	22	108.9
129	Portugal	83	75	304	560	2.02	19	106.2
130	Qatar	38	.	.	.	4.58	.	.
131	Romania	56	300	319	312	.67	17	69.2
132	Russian Federation	40	105	418	421	3.66	20	51.7
133	Rwanda	28	0	102	0	.01	2	8.7
134	Saint Lucia	87	.	.	.	1.33	.	.
135	Sao Tome & Principe	7329	.	.
136	Saudi Arabia	10	57	321	263	.58	13	11.1
137	Senegal	67	5	142	41	.09	4	38.7
138	Seychelles	50	.	.	.	3.00	.	.
139	Sierra Leone	15	4	253	13	.01	5	11.0
140	Singapore	34	360	822	308	14.71	34	52.2
141	Slovakia	70	185	580	417	9.44	25	98.2
142	Slovenia	73	199	406	356	23.00	24	100.8
143	Solomon Islands	8248	.	.
144	Somalia	12
145	South Africa	75	32	317	129	4.18	10	76.0
146	Spain	82	100	333	547	7.85	21	107.7
147	Sri Lanka	30	29	209	102	.08	7	24.6
148	St. Kitts & Nevis	82	.	.	.	3.75	.	.
149	St. Vincent & Grenadine	84	.	.	.	1.82	.	.
150	Sudan	15	27	271	173	.00	8	13.3
151	Suriname	69	.	.	.	1.64	.	.
152	Swaziland	2330	.	.
153	Sweden	89	445	932	531	44.38	48	149.9
154	Switzerland	92	337	1000	518	16.44	42	148.9
155	Syrian Arab Republic	27	20	278	66	.07	7	23.4

	Land	Presse-freiheit 2000 (i)	Zeitungen pro 1000 Einwohner 1996 (ii)	Radios pro 1000 Einwohner 1997 (iii)	TV Geräte pro 1000 Einwohner 1999 (iv)	Anteile der Online- Nutzer (%) 2000 (v)	Medien-zugang (ii to v)	Kommuni-kations- index (Freiheit + Zugang)
156	Taiwan	79	.	.	.	21.84	.	.
157	Tajikstan	6	20	142	328	.	.	.
158	Tanzania	51	4	279	21	.02	6	40.0
159	Thailand	70	63	232	289	.22	11	72.0
160	Togo	26	4	218	22	.12	5	17.8
161	Trinidad & Tobago	72	123	534	337	1.56	20	93.9
162	Tunisia	26	31	223	190	.52	9	25.0
163	Turkey	42	111	180	332	.95	12	45.0
164	Turkmenistan	14	.	276	201	.	.	.
165	Uganda	60	2	128	28	.05	3	29.9
166	Ukraine	40	54	884	413	.29	29	58.3
167	United Arab Emirates	24	156	345	252	8.88	18	30.0
168	United Kingdom	80	329	1436	652	23.90	54	138.4
169	United States	87	215	2146	844	39.11	73	161.9
170	Uruguay	71	293	607	531	2.73	24	97.4
171	Uzbekistan	17	3	465	276	.04	15	19.9
172	Vanuatu	5606	.	.
173	Venezuela	66	206	468	185	.35	17	81.6
174	Viet Nam	25	4	107	184	.02	3	12.5
175	Western Samoa	6624	.	.
176	Yemen	32	15	64	286	.04	2	10.8
177	Yugoslavia	19	107	297	273	.94	13	21.5
178	Zambia	38	12	121	145	.10	5	27.9
179	Zimbabwe	33	19	93	180	.27	3	15.2
Total	179	179	136	143	142	169	130	131

Anmerkung: Siehe Technischen Anhang für nähere Erläuterungen.